

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Versammlungs-Anzeigen 35 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis (prämienlos) vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. Juli 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Höfische Intimitäten.

Endlich scheint es, als ob die resloze Aufklärung des dunklen und verworrenen Wirbelschwindels zum unausbleiblichen Ereignis würde. Der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der selbst von den wild ausschweifenden Gerüchten des Hoffandals getroffen wurde, teilt der Öffentlichkeit seine feste Absicht mit, im Wege der gerichtlichen Feststellung der Sache auf den Grund zu gehen und über den Verbleib der geheimnisvoll verschwundenen Millionen Mark zu schaffen. Nachstehender an den Staatsrat Bude gerichteter Brief ist der „Königlichen Zeitung“ im Auftrage des Herzogs mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt worden:

Sehr geehrter Herr Geheimrat!
Gewisse Blätter haben versucht, mich mit der Affaire der Pommerischen Hypothekbank in Verbindung zu bringen. Ich habe mich infolgedessen veranlaßt gesehen, einleitende Schritte zu unternehmen, um auf gerichtlichem Wege gegen die Verbreitung solcher Gerüchte über meine Person vorzugehen. Prozesse gegen die Presse habe ich bisher zu vermeiden gesucht, da bei einer Verurteilung meist die eigentlich Schuldigen nicht getroffen werden. In diesem Falle könnte jedoch eine Angelegenheit vielleicht schneller geklärt werden, in der es im allgemeinen Interesse dringend geboten scheint, das möglichst Licht über alle Punkte verbreitet wird. Ich darf wohl annehmen, daß Euer Hochwohlgeborenen Wunsch mit dem meinigen in dieser Richtung übereinstimmt. Was meine Person betrifft, so habe ich sowohl bei Hofe wie in meinen Bekanntenkreisen niemals ein Hehl daraus gemacht, daß ich ein Gegner der Art und Weise sei, wie Herr v. Mirbach freiwillige Spenden veranlaßt hat. Ich habe ferner die Pommerische Hypothekbank von Anfang an als ein Bankinstitut bezeichnet, das wenig geeignet sei, in näherer Verbindung mit dem Hofe zu stehen. Es ist daher auch ebenso thöricht als unwahrscheinlich, mich mit der Pommerbank in irgend eine Verbindung zu bringen. Selbstverständlich habe ich unter diesen Umständen niemals irgend welche Beziehungen weder zur Pommerbank oder zu ihren Leitern, den Herren Schulz und Romeid, gehabt. Hatte doch schon der Zusammenbruch der Preussischen Hypothekbank gerade in Niederschlesien einen besonders ungünstigen Eindruck hinterlassen, wo eine Menge wenig vermögender Leute ihre Spargrößen einbüßten. Durch die Gerichtsverhandlung im Prozeß der Pommerischen Hypothekbank ist der Verbleib derjenigen 325 000 M. nebst Zinsen nicht festgestellt worden, aber die Herr v. Mirbach quittiert hat, ohne sie jemals empfangen zu haben. Auch Ihr jüngst veröffentlichter Briefwechsel mit Herrn v. Mirbach hat darüber eine Klarheit nicht geschaffen. Es ist dringend wünschenswert, daß die Empfänger dieses Geldes festgelegt werden.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung
Euer Hochwohlgeborenen sehr ergebener
Herzog Holstein.

Mit vollem Recht weist der Herzog darauf hin, wie selten in Prozeßsachen die wahren Schuldigen getroffen werden. Sein Fall ist dafür geradezu typisch. Wer ist an den Gerüchten, die seit Wochen über ihn gürten, „schuldig“? Schuld an ihnen trägt die kapitalistische Korruption, die selbst vor den Thüren des Kabinetts Ihrer Majestät der Kaiserin keineswegs Halt machte. Schuld an ihnen trägt das rätselhafte Verhalten eines Oberhofmeisters, der über 325 000 M. quittiert, ohne sie zu empfangen, und der die Quittung vergiftet. Schuld an ihnen trägt das unbegreifliche Verhalten der Behörden, des Staatsanwalts, der Richter, die über einen gestohlenen Korb Äpfel die Aktenbündel vollschreiben, aber das geheimnisvolle Verschwinden großer Summen aber nicht die mindesten Nachforschungen anstellen. Man erinnere sich daran, daß Herr v. Mirbach als Zeuge gar nicht geladen wurde, sondern von seinem Dämon getrieben selber vor Gericht erschien, daß Verteidiger, Staatsanwalt, Vorsitzender nicht den leisesten Versuch machten, in die Rätsel seiner Aussage einzudringen. Man erinnere sich weiter daran, daß Staatsanwalt und Gerichtshof die Erklärung der Angeklagten, sie wollten über den Verbleib der verschwundenen Summen „das Prinzip der Diskretion“ wahren, wortlos ohne alle Gegenvorstellungen entgegennahmen — und man hat das Milieu gefunden, in dem die wahren Schuldigen des bevorstehenden Prozesses zu finden sind.

Nimmt man dazu, daß die ersten Gerüchte über den Herzog Günther in einem Blatte aufstauten, das der Kaiserin und ihrem Oberhofmeister sonst sehr nahe stand, so begreift man, daß die Andeutungen dieses Blattes vielfach für die Wahrheit selber genommen wurden. Man begreift aber dann auch, daß der Herzog über die Hoffhaltung seiner Schwester vor der ganzen Welt die Schalen seines Hornes ausgießt. Jetzt erzählt man, daß das Verfahren des unglückseligen Oberhofmeisters den Verfall des Bruders seiner Herrin nicht findet, daß der Oberhofmeister oder seine Herrin selbst im Kreise der Familie vor einer Verbindung mit der Pommerbank gewarnt worden sei. Herzog Ernst Günther hat die unsoziale Geschäftsführung der Pommerbank gelobt, ihren Zusammenbruch, die Schädigung der kleinen Sparer vorausgesehen und hat es doch nicht zu verhindern gewagt, daß das geeignete Institut mit dem Titel einer „Hofbank Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin“ ausgezeichnet und zur Unterfütterung eines Vereins zugelassen wurde, der unter dem Protektorate seines Schwagers und unter der Leitung ihres ersten Hofbeamten steht!

Wir Erlaunen sieht man hier eine Gestalt als den treuen Eckstein dieser Fabel auftreten, in der man bisher weit eher ihren schwarzen Ritter vermutet hat. Und mit noch größerem Erlaunen fragt man, was den Herzog bewegen hat, völlig aus seiner Reserve hervorzutreten und der Öffentlichkeit ein bindendes und vieleckiges solgensweres Versprechen abzugeben, das sie nicht wieder vergessen wird. Herzog Ernst Günther ist ihr das letzte Kapitel dieses spannenden und verwickelten Hof- und Kriminalromans schuldig,

und solange es nicht geliefert ist, wird sich nicht verhindern lassen, daß die Phantasie ihn weiterspinnet, wie sie es längst getan hat.

Es ist darum merkwürdig, daß nicht alle Blätter das entschlossene Auftreten des Herzogs begrüssen, nicht alle eine endgültige Auflösung des Bankrotts Korruption erwünschen. Besonders der „Reichsbote“, der früher der erste Kuser im Streite war, seine Haltung aber seit ein paar Tagen wieder revidiert hat, ist mit dem Entschluß des Herzogs herzlich unzufrieden. Nachdem er festgestellt hat, daß sich der „weit überwiegende Teil der Presse“ mit den Erklärungen des Freiherrn v. Mirbach zufrieden gegeben habe, fährt er fort:

Es ist aber richtig, daß ein Teil der radikalen Presse trotzdem noch an dem Gerüchte, das die Person des Herzogs betraf, mit Hartnäckigkeit festhielt, daß die ausländische Presse, z. B. amerikanische Blätter das gleiche thäten. Wenn damit der Herzog reinen Tisch zu machen sucht, so ist das sein gutes Recht und verständlich. Sein Schreiben geht aber noch weiter: Er nimmt eine scharfe persönliche Stellung auch gegen den Freiherrn v. Mirbach sowie gegen dessen gesamte Thätigkeit, seine Art zu sammeln, seine Beziehungen zur Pommerbank usw. ein. Hier darf man nun in aller Ehrfurcht bezweifeln, ob diese öffentliche Stellungnahme Sache des Höfsten war und sich mit jener höheren Rücksicht verträgt, die er dem Hofe und der Kaiserin, deren Name mit diesen Arbeiten des Kirchenbauvereins auch verknüpft ist. Es kommt hinzu, daß einige Vorfälle älteren und jüngeren Datums — wir erinnern nur an den Einspruch bei der Oldenburgischen Erbregelungsfrage und die Vorgänge bei der Roke-Affaire — noch weiter Grund zu einer gewissen Zurückhaltung in sich schließen. Unter allen Umständen bleibt es zu bedauern, daß ein solches Gerücht, das jederzeit durch ein sachliches Dementi zu erledigen war und eigentlich schon durch frühere Erklärungen erledigt ist, auch noch den Herzog persönlich in dieser verwiderten und schmerzlichen Angelegenheit zu einer Art persönlicher Auseinandersetzung mit dem Oberhofmeister auf den Plan führt.

Dem je länger diese Mirbach-Affaire sich ausweicht und je peinlicher sie sich gestaltet, desto sonderbarer und für das Ansehen des Hofes bedenklicher wirkt sie zweifellos. Es scheint uns die höchste Zeit, daß der Kaiser von seiner Nordlandreise zurückkehrt und ihr, so oder so, einen festen Abschluß giebt.

Die Folgen aus dieses neuesten Zwischenalles dürften es zeigen, daß diese ehrliebe Warnung berechtigt ist.

Daß der „Reichsbote“ „in aller Ehrfurcht“ an die Oldenburgische Erbregelungsfrage und an die Roke-Affaire erinnert, zeigt, wie wenig er geneigt ist, den Herzog als den berufenen Hebold der anmarschierenden Wahrheit anzuerkennen. Auch sollte er am besten wissen, aus welcher Quelle die Gerüchte über den Herzog stammten, und welche bekannten Eigenschaften dieser Quelle die ausländische Presse veranlaßten, an diesen Gerüchten „mit Hartnäckigkeit“ festzuhalten.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ bedenkt den Bruder der Kaiserin mit einigen ehrfurchtsvollen Bemerkungen. Sie schreibt:

Daß ein Prinz, der dem Kaiserhofe und der kaiserlichen Familie so nahe steht, in dieser Form und in solcher Weise in die Kreise der Öffentlichkeit herabsteigt, ist etwas ungewöhnlich. Auch die Kritik, die der Bruder Ihrer Majestät der Kaiserin an dem Vorgehen des Oberhofmeisters äbte, ist ganz ungewöhnlich und geeignet, im höchsten Maße Aufsehen zu erregen, obwohl sie nach Lage der Sache begründet und gerechtfertigt erscheinen muß. Die sich von selbst aufräuhende Frage, ob die Veröffentlichung des Briefes mit Zustimmung des Kaisers und der Kaiserin erfolgt sei, und welchen bestimmten Zweck sie habe, entzieht sich der Erörterung und der Beantwortung. Daß aber nach einem solchen Briefe der Oberhofmeister nicht in seinem Amte bleiben kann, bedarf keines weiteren Wortes. Tief bedauerlich und höchst befremdlich ist es aber, daß er es bis zu der Veröffentlichung des Briefes kommen lassen mußte. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn er die Konsequenzen gezogen hätte, die ihm von den verschiedensten Seiten an die Hand gegeben worden sind. Für die überzeugten Anhänger des monarchischen Gedankens wird die peinliche Angelegenheit von Tag zu Tag peinlicher. Soll sie nicht den empfindlichsten und bleibenden Schaden anrichten, so muß sie sofort auf die allein zweckmäßige Weise erledigt werden.

Die „allein zweckmäßige“ Erledigung des immer ungeheurerlicher anschwellenden Hoffandals besteht darin, daß über den Verbleib der 325 000 M. umfassende und unanfechtbar richtige Aufklärung geschaffen wird. Es ist nicht einzusehen, warum die „überzeugten Anhänger des monarchischen Gedankens“ von diesem billigen Verfahren eine Vermehrung ihrer Peinlichkeiten befürchten sollten.

Das Attentat.

Die Staatsoberhäupter und die Regierungen entsenden die vorgezeichneten Beileidsdepeschen nach Petersburg. Einige reaktionäre Blätter reden gewohnheitsmäßig von „verabscheuenswerthem Mord“. Wahrscheinlich menschliches Mitgefühl aber für den russischen Staatsmann, den die Bombe aus der Hölle ungeheurerster Machtentfaltung sprengte, empfindet kein Mensch. Niemand ist ein Mächtiger so unbetrauert in die Grube gefahren als dieser Mann, der sich dermach, jede Regung der Freiheit und der nationalen Selbstständigkeit in Rußlands weiten Landen in Gewalt zu ersticken.

Wenn gleichwohl einige deutsche Kautenblätter den Fall ein wenig zu fraktifizieren trachten gegen die deutsche Sozialdemokratie, so darf dies getrost der für Attentatsfälle festgestellten Debattationsprozedur zugerechnet werden. Das Völkerverblatt ist verrückt genug, an dem Attentat auf Plehwe sich zu toblichen Ausfällen gegen die sozialdemokratischen Hochverräther und Mitschuldigen zu begeistern. Und die „Deutsche Tageszeitung“ erhebt, nachdem sie unsere gestrigen Ausführungen über das Attentat zitiert, die furchterliche Frage: „Ist das etwas anderes als direkte Aufforderung zum Mord?“ Die „Deutsche Tageszeitung“, welche im Fall der Protokoll-Verabsiegung mit dem Umsturz der

Königsthron droht, ist sicherlich sachverständig für Aufforderungen zu verbrecherischen Thaten. Der Sinn unserer Betrachtungen war für jeden, der nicht böswillig und bewußt fälscht, das klare Gegenteil von der Absurdität der „Deutschen Tageszeitung“: wir und alle zivilisierten Menschen fordern beschwören, daß endlich in Rußland der täglich tausendfältig verübte Mord an den elementarsten Kulturgütern eingestellt, daß endlich die Vesten der russischen Nation vor den Vergeßlichkeiten und Grausamkeiten einer Bande von vertierten Volksbedrückern geschützt werden.

Selbst die „Post“ vermeidet erstaunlicherweise den Versuch der staatsretterischen Fraktifizierung. Vielleicht befürchtet sie noch immer, daß das Attentat nach Art desjenigen Schaumans sich als ein „nationales“ herausstellt. Jedenfalls gesteht selbst die „Post“, daß die Thätigkeit Plehwe's bei uns in Deutschland nicht viel Anerkennung finden dürfte, da er vor allem eine Abhilfe in erster Linie durch polizeiliche Maßnahmen erstrebte, nicht aber durch Reformen von innen heraus.“ Und weiter spricht das Blatt von „den unglücklichen inneren Verhältnissen Rußlands, in denen die Sünden ganzer Jahrhunderte verfürpelt sind.“ Darüber „wird man sich wohl in den weitesten Kreisen einig sein, daß der Weg der Polizeiherrschaft und der Einschränkung der politischen und persönlichen Selbstständigkeit keinesfalls der geeignete ist, um Rußland auch im Innern zu den glücklichen und zufriedenen Verhältnissen zu führen, die alle seine wahren Freunde ihm von Herzen wünschen.“ Also auch die „Post“ darf bereits als gelehrige Hegetin wider das russische Regierungs- und Polizeisystem begrüßt werden!

Auch das ist russisch, daß noch immer jede sichere Kenntnis über den Hergang des Attentats und über den Urheber fehlt. Die Nachrichten, die von der Censur gestattet werden, widersprechen einander vielfach. Die Folge ist, daß allerlei Gerüchte über weitverzweigte Verschönerungen gegen alle möglichen russischen Persönlichkeiten umgehen. So meldet die Wiener „Neue Freie Presse“ aus Petersburg: Die Polizei erklärt, daß sie Anhaltspunkte besitze, wonach das Attentat das Resultat eines sorgfältig vorbereiteten Anschlages sei. In dem Verhör enthielt die Attentäter die Thatfache, daß die Revolutionäre eine lange Liste von zum Tode verurteilten Würdenträgern aufgestellt hätten; außer dem Jaren ständen noch auf der Liste der Prokurator des heiligen Synod Bobjedonodzev, der neue Gouverneur von Finnland Fürst Obolenski, der Geheimsekretär Besobrazov und andre.“ Die Nachricht erscheint jedoch völlig unglaubhaft, da der Vererber des Attentats ganz gewiß nicht seine etwaigen Mitverschworenen verrät; jene „lange Liste“ kann sich jeder Beliebige leicht zusammenstellen.

Von den Äußerungen der bürgerlichen Zeitungen ist zu unsren gestrigen Citaten besonders das folgende aus dem rechtsnational-liberalen, stets höchst „staatsverhaltenden“ „Leipziger Tageblatt“ wohl aufzubewahren:

„Nähere Angaben über das Attentat, über Thäter und Motive fehlen zur Zeit noch, und erfahren wird man darüber auch nur, was den russischen Behörden gut dünkt. Es ist also vorläufig noch keinerlei Anhalt dafür gegeben, ob der Mord auf Sünden sozialer oder nationaler Art zurückzuführen ist. Dem das muß ausgesprochen werden: Aus Sünden schwerster, schrecklicher Art, aus Verworfenheit und Korruption der oberen, aus Noheit und Korruption der unteren behördlichen Organe ist in Rußland der moderne politische Mord entprossen. Was wir erst längst in Königsberg an gräßlichen Einzelheiten über das, was man russische Verwaltung nennt, gehört haben, muß es auch unserm Verständnis näher bringen, wenn die malträtierten Opfer des Systems selbst vor dem Kaiser nicht zurückschrecken, wenn sie den Gedanken fassen, zum mindesten einen der Verhassten „mitzunehmen“. Verständnis und Entschuldigunng ist zweierlei. Mord bleibt Mord, auch wenn nicht egoistische Motive ihn veranlaßt haben. . . .“

Wir verzeichnen nachfolgend die eingegangenen telegraphischen Meldungen:

Vom Attentat und vom Thäter.
Petersburg, 29. Juli. (W. T. W.) Der „Regierungsbote“ erscheint mit Trauer und widmet dem ermordeten Minister Plehwe einen drei Spalten langen Nekrolog. Er stellt über das Bombenattentat folgendes fest:
Der Attentäter schleuderte eine Bombe vom Bürgersteig unter die Equipage des Ministers. Auch der Kutscher wurde ein Opfer dieser Explosion. Keun Passanten, darunter eine Frau und ein dreijähriges Kind, wurden leicht verletzt, während der Gardelaplan Droginski, der hinter dem Wagen des Ministers fuhr, eine schwere Verletzung erlitten hat. Der Mörder, der einige ungefährliche Wunden davontrug, wurde am Thalore ergriffen, verweigerte aber die Nennung seines Namens. Die Untersuchung leitet der Untersuchungsrichter des Bezirksgerichts.

Petersburg, 28. Juli. (W. T. W.) Es wird vermutet, daß der Mörder des Ministers Plehwe mehrere Mitschuldige habe. — Die Bombe bestand aus einer länglichen Blechbüchse, die mit Sprengmaterial und kleinen Metallstücken gefüllt war. Vermutlich hat der Mörder mehrere Tage in einem Wäschhof gewohnt, welcher sich in dem Hause befindet, vor dem der Anschlag stattfand. Die Zahl der Verletzten wird auf achtzehn angegeben. Zuverlässig bekannt ist, daß 6 Personen verwundet wurden, darunter 2 Offiziere, ein Reservist, eine Frau und ein Kind. Die Explosion war so stark, daß die Wagensplinter Plehwe in den Körper drangen; es bestätigte sich, daß ihm der Kopf fast ganz abgerissen wurde. Der Mörder trug eine Eisenbahnbeamtenmütze.

Petersburg, 20. Juli. Gestern nachmittag wurde bekannt, daß als der Justizminister von Peterhof kam, ein Stein gegen die Fenster seines Wagens geschleudert wurde. Der Täter konnte nicht ausfindig gemacht werden.

Petersburg, 20. Juli. In der Ermordung Plehows werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Name des Attentäters lautet Borodiewski, jedoch dürfte der Name nur ein angenommener sein. Der Attentäter wurde in das Alexander-Hospital gebracht. Plehows trug im Augenblick des Attentates Uniform, sein Portefeuille wurde völlig mit Blut besudelt gefunden. Der Täter weigert sich hartnäckig, Angaben über seine Person zu machen und behauptet, keine Mitschuldigen zu haben. Man weiß nur, daß er mehrere Tage in dem Hotel wohnte, vor dem das Attentat stattfand. Die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf achtzehn, worunter sechs schwer Verletzte, nämlich zwei Offiziere, zwei Männer, eine Frau und ein Kind. Die Explosion war so stark, daß Holzstücke des Wagens in den Körper des Ministers eindrangen. Die Bombe hatte die Form eines umfangreichen Zylinders. Die Polizei glaubt, daß sich unter den Verhafteten ein Mitschuldiger befindet; einer derselben war nämlich beobachtet worden, wie er ein Paket ins Wasser warf. Man nimmt an, daß es sich um eine Bombe handelte.

Petersburg, 20. Juli. (B. S.) In dem weiteren Verhör, welchem der Attentäter unterzogen wurde, erklärte er, er werde nichts sagen, er bemeckle nur, daß er eine That der Gerechtigkeit begangen habe. Falls die Regierung die jetzige Politik beibehalten werde, werde den Nachfolger Plehows ein ähnliches Schicksal treffen.

Der ohnmächtige Zar.

Petersburg, 20. Juli. Wie verlautet, soll der Zar beim Empfang der Nachricht vom Attentat ohnmächtig geworden sein und müsse auf ärztliche Anordnung infolge der Aufregung mehrere Tage das Bett hüten.

Bei den Russen im Auslande.

Paris, 20. Juli. („Frankf. Ztg.“) Das Attentat auf den russischen Minister Plehows hat selbstverständlich in der in Paris stark vertretenen Gemeinde der russischen Revolutionäre einen lebhaften Eindruck hervorgerufen. Man nimmt in diesen Kreisen ohne weiteres an, daß es sich um einen Akt der Terroristen handelt, besonders weil ein Bombenattentat vorliegt, während ein individuelles Attentat mit einer Waffe begangen worden wäre. Daß ein Israelit das Attentat begangen haben soll, wie gestern eine offiziöse Depesche glauben machen sollte, wird für ganz unwahrscheinlich erklärt, weil das terroristische Komitee trotz wiederholter Angebote bisher niemals Juden zur Ausführung eines Attentates bestimmen wollte, um eben so zu verhindern, daß die Juden im allgemeinen dafür verantwortlich gemacht würden. Daß Plehows einem Attentat zum Opfer fallen würde, war in letzter Zeit vorausgesehen, weil die russischen Revolutionäre besonders erbittert waren durch die übertriebene Strenge und Grausamkeit, welcher die politischen Gefangenen in der letzten Zeit in den Gefängnissen ausgesetzt waren. Man glaubt auch, daß der Tod Plehows in den großen Städten Russlands von spontanen Kundgebungen begleitet sein wird. In den Revolutionskreisen nimmt man an, daß ein liberales Regime unter Witte wahrscheinlicher ist, als eine Fortsetzung der reaktionären Politik unter Pobjedonoszew.

New York, 20. Juli. (Laffan-Meldung.) In Tausenden umlagerten Polen, Finnen und russische Juden die von den Zeitungen ausgehängten Depeschen über die Ermordung Plehows und begrüßten sie mit wildem Freudenschrei. Dazu begaben sie sich heim, um Sonntagsskizzen anzulegen, mit ihren Familien einen Feiertag zu veranstalten und Vorbereitungen zu festlichen Umzügen und Feiern zu treffen. Selbst die konservativen Elemente unter den Juden verheißten nicht ihre Billigung der Ermordung des russischen Ministers, wenn sie auch die Veranstaltung von besonderen Festlichkeiten verurteilten.

Die russischen Zustände und die russische Socialdemokratie.

Ueber das Gerücht von einer angeblich vom Zaren eingesetzten Kommission zur Ausarbeitung einer konstitutionellen Verfassung für Russland, das auch durch die deutsche Presse neulich ging und, wie selbstverständlich, von unsren „liberalen“ Blättern mit heiligem Ernst behandelt wurde, äußert sich in bemerkenswerter Weise die „Zsitra“, das Organ der russischen Socialdemokratie, im Leitartikel ihrer letzten Nummer:

„In der ausländischen Presse wird in der letzten Zeit hartnäckig das Gerücht von einer „Kommission“ verbreitet, die angeblich vom Zaren in Petersburg einberufen worden sei und sich mit der Ausarbeitung eines „Verfassungsprojekts“ befaße. Es werden sogar Details mitgeteilt, die z. B. besagen, daß die künftige Verfassung das russische Volk mit der Verleihung einer Art deutschen Reichstags beglücken solle, bloß mit dem kleinen Unterschied, daß entgegen dem Veto-Recht des deutschen Reichstags gegenüber Regierungsvorlagen der künftige russische Reichstag lediglich eine beratende Stimme haben würde.“

Wenn wir auch der thatsächlichen Seite dieser Gerüchte sehr wenig Bedeutung beilegen, so können wir doch nicht unbin, in ihnen einen gewissen Reflex der Stimmung zu erkennen, die in jene Salons des High life und der hohen Bureaucratie eindringend beginnt, in denen die Korrespondenten der „großen“ europäischen Blätter den ihren Redaktionen mitgeteilten Klatsch zu schöpfen pflegen. Die vernichtenden Schläge, die der Absolutismus bereits aus dem Kampfe mit dem „äußeren“ Feind davon getragen hat, lassen offenbar auch in die Seelen der größten Hämorrhoidarier „der ersten vier Klassen“ (die russische Staatsbeamtenschaft wird nach Rang und Titel in 14 absteigende Klassen rangiert. Red. „B.“) das dunkle Gefühl einziehen, daß das Ende des Parismus naht. Die Wit, mit der die „Moskowskije Wjedomosti“ über die unglücklichen „Autoren“ dieser Gerüchte herfällt, zeigt nur, daß die ausländische Presse ins Schwärze getroffen, eine wunde Stelle berührt hat. So non è vero, è ben trovato (Wenns nicht wahr ist, so ist es gut erfunden). Uebrigens wäre es nicht einmal verwunderlich, wenn sich unter den Mittern der Krone und der Kagajla schon jetzt vorjüngliche Leute finden würden, die schon im Voraus den Preis ihres Verrats gegenüber dem „vergötterten“ Monarchen eskompieren wollten, gegenüber demselben Monarchen, in dessen Namen die Bureaucratie so lange schon das erwachende Volk am Hals würgt. Eher wäre es verwunderlich, wenn dergleichen nicht zum Vorschein käme. Die Geschichte aller Länder zeigt, daß die Bureaucratie immer einer jeden Regierung zu dienen und eine jede Regierung zu verraten bereit war. Zuleztrand, der nach der Reihe der Republik, dem Direktoriat, dem Kaiserreich, den Bourbonen, den Orleans diente und sie alleamt nach der Reihe verriet, hat alles Anrecht darauf, zum Heiligen der Bureaucratie kanonisiert zu werden. Und da die Herren von dieser Reichheitsklasse mit einem sehr feinen Niesorgan begabt zu werden pflegen, so stellen konstitutionelle Projekte der geheimen und der wirklichen Geheimen Mäite ein sehr erfreuliches Symptom der Verschlingung des Absolutismus dar.

Doch nicht wir werden, selbstverständlich, unsre Hoffnungen auf geheimräthliche Kommissionen setzen. Dies bleibt ein Monopol — des russischen Liberalismus. Geboren in der schweren Atmosphäre der Sklaverei, schon bei den ersten Schritten seiner Laufbahn durch das auf allen Wänden des bürgerlichen Europas aufgezeichnete „Menschen-Tafel-Parasit“ eingeschüchtert, hat der russische Liberalismus niemals seine Hoffnungen auf eigene Kräfte, auf den „Stumpf gerichtet“. — Nachdem die „Zsitra“ im weiteren die eillen Hoffnungen des Liberalismus auf allerlei „unvorhergesehene“, „elementare“ Ereignisse beleuchtet, wie auf die plötzliche Erleuchtung des Zaren und die freiwillige „Gewährung“ einer Verfassung, auf die Wirkungen der Hungersnot, der wirtschaftlichen Krise und dergleichen, unterzieht sie speciell einer schneidenden Kritik die (auch in Deutschland vielfach verbreiteten) Ansichten, daß eine Niederlage des Parismus im gegenwärtigen Kriege der sicherste und probateste Weg zur politischen Freiheit in Russland wäre. Der Artikel weist nach, daß solche Hoffnungen — Spekulationen auf unermeßliche Leiden und Elend des russischen Volkes seien:

„Auf Leiden und Elend des Volkes! Jawohl, denn das, was für den Liberalismus eine äußere, elementare Kraft ist — sei es Hungersnot, Krieg oder auch nur eine heftige finanzielle Krise — das ist für das Volk, für das Bauernthum und noch mehr für die Arbeiterklasse eine innere Not, die sich in der Unterernährung, im Wachsen der „Verbrechen“ und der Prostitution, in Krankheiten, im Steigen der Sterblichkeit, in Tausenden und Abertausenden dem Volo Militärismus zum Opfer gebrachten Menschenleben äußert.“

Und jede Silbe der Verfassungsurkunde, die sich für die Liberalen „von selbst“ aus einer heftigen Erschütterung des ganzen Organismus der Gesellschaft ergeben wird, wird mit dem Blute des Volkes bezahlt werden. Die einfache Summierung dieses Blutpreises zeigt, daß für das Proletariat und für die anliegende Schicht des Bauernthums der revolutionäre Kampf um die Freiheit viel billiger zu stehen kommt, als das passive Abwarten des Laufes der elementaren Ereignisse. Schon aus diesen Gründen darf die Arbeiterklasse nicht mit verchränkten Armen auf die Freiheit warten, die ihm der militärische Zusammenbruch Russlands bringen soll, und darf nicht auf diesem Zusammenbruch seine Hoffnungen aufbauen. Ein Sieg der zarischen Armee in dem verbrecherischen Kriege würde die Befestigung der Position des Absolutismus auf Jahrzehnten von Bauern- und Arbeiterleiden bedeuten. Aber auch die Freiheit, die mit dem Preise einer Niederlage Russlands bezahlt wäre, würde in Wirklichkeit um den Preis eines Meeres von Blut des Volkes erkaufte werden. Und dies ist wahrhaftig ein etwas zu hoher Kaufpreis, verglichen mit derjenigen Freiheit, die auf diesem Wege dem Proletariat zufallen würde.“

Vergessen wir nämlich nicht, daß, wenn die Liberalen nur passive Zuschauer jener elementaren Ereignisse abgeben, die den Thron des Absolutismus untergraben, das Proletariat das passive Objekt derselben Ereignisse bildet und zugleich das passive Werkzeug des politischen Katalismus. Aber eine Freiheit, bei deren Erringung das Proletariat nur die Rolle eines passiven Werkzeuges der elementaren Ereignisse spielt, kann der Arbeiterklasse auch nur das Minimum der in einer kapitalistischen Gesellschaft möglichen politischen Freiheiten gewähren. Die ganze Arbeit unserer Partei indes, die auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Klassenorganisation des Proletariats abzielt, ist darauf gerichtet, das Maximum dieser Freiheiten zu erringen. Die Erfüllung selbst unserer Partei verliert jeden Sinn, wenn die Arbeiterklasse in unsrer Vorstellung ihre Befreiung passiv von jenem „elementaren“ Zusammenbruch des Parismus erwarten möchte, der der Befreiung Russlands durch die Japaner folgen soll.

Und es zeugt nicht vom politischen Weitsicht, sondern vom mangelhaften Verständnis für die Aufgaben der Socialdemokratie, wenn auch in revolutionären Kreisen hier und da die Sehnsucht nach einem militärischen Debäcle Russlands aufsteigt. Das ist nicht der Ausdruck einer höheren Stufe des proletarischen Klassenbewußtseins, sondern ein Rückfall des bürgerlichen Liberalismus mit seinen Spekulationen auf die „elementaren Ereignisse“.

Rein! Weder Sieg noch Niederlage, sondern das Einstellen des Krieges, das Einstellen der blutigen Helatomben als Resultat des revolutionären Druckes der Arbeiterklasse — dies ist die Lösung des Proletariats. Diese Lösung ist gleich weit entfernt von den selbstthätigen Spekulationen des Liberalismus auf den Tod von Tausenden blühender Menschenleben, wie von den idyllischen Utopien bürgerlicher Friedensapostel in der Art der Bertha Suttner und des Grafen Tolstoj.

Das Proletariat kann überhaupt die Freiheit für sich nicht „gewähnt“ bekommen, es kann sie nur erkämpfen, sei es als passives Werkzeug des politischen Zusammenbruchs oder als Klassenbewußte Freiheitskämpfer. Aber sowohl an der Größe der Opfer wie an den zu erringenden Resultaten gemessen ist der offensive Weg eines revolutionären Klassenkampfes der billigste Weg für die Arbeiterklasse und zugleich für die ganze Masse des arbeitenden Volkes. Bei der gegenwärtigen politischen Konjunktur, die durch den Krieg geschaffen ist, führt dieser Weg zu der revolutionären Doppelforderung: Friede und Freiheit!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli.

Der deutsch-russische Handelsvertrag.

Kaum ist die offizielle Meldung erfolgt, daß der Reichskanzler und Herr v. Witte den deutsch-russischen Handelsvertrags-Entwurf unterzeichnet haben, so rühren sich auch schon dienstbesessene die offiziellen Redern, um der Welt zu verkünden, daß dieser Vertrag, den sie selbst nicht kennen, ein bedeutender Erfolg Wilkowscher Diplomatie und der Geschicklichkeit der deutschen Unterhändler sei. Zugleich wird er als Beweis dafür hingestellt, wie weitsichtig die deutsche Regierung gehandelt habe, als sie im Reichstage den Kardoffischen Vugliterder-suchen Schlepplienisse leitete und Graf Wälow am 13. Dezember 1902 prophetischen Geistes den Tarif als „großes Werk zum Segen des Vaterlandes“ feierte. Voran marschieren bei diesem Klame-Tamtam natürlich die Schwabensburger „Politischen Nachrichten“. „Von beiden Extremen,“ schreibt in unfrivolösem Hohn auf den Verlauf der Vertragsverhandlungen das Blatt, „dem freihändlerischen, wie dem extrem-agrarischem Flügel, waren seit dem Zustandekommen des neuen Zolltarifs und seit dem Beginn der Handelsvertrags-Verhandlungen Bedenken und Zweifel aller Art in Bezug auf den Abschluß neuer Handelsverträge geäußert und Beunruhigung in die Kreise der Interessenten getragen worden. . . . Beide Extreme sind durch Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages wirksam ad absurdum geführt. Nicht die Nulllosigkeit der einen oder der ungeduldige Ueberreifer der andern hat recht behalten, sondern die staatsmännische Ruhe der Reichsregierung. Diese hat in weiser Erkenntnis der Sachlage und mit der darauf gegründeten Ruhe fester Ueberzeugung unbeirrt durch das Plausmachen von links und das Drohen von rechts gewartet, bis das Schwergewicht unsrer günstigen wirtschaftspolitischen Lage sich von selbst mit Erfolg geltend machte. Die Thatfache, daß Deutschland eines der kaufkräftigsten Länder der Welt ist und daß demzufolge die Mitbewerber um unsern Markt ein noch ungleich größeres Interesse an dem Abschluß dauernder Handelsverträge haben als wir, hat die von der Reichsregierung vorausgesehene Wirkung nicht verfehlt, und das Ziel des Abschlusses desjenigen Handelsvertrages, dessen Zustandekommen für die Neuregelung unsrer Zoll- und Handelsverhältnisse zum Auslande auf Grund des neuen Zolltarifs entscheidend ist, ist erreicht, ohne etwas von den Grundsätzen des neuen Zolltarifs zu opfern und ohne die Gefahr ernstlicher zoll- und handelspolitischer Verwicklungen heraufzubefördern. Der Unterschied zwischen der Aktion wirklicher Staatsmänner, wie Graf Wälow und Graf Posadowski, und der Mache einseitiger Parteipolitiker tritt

gerade in dem Falle des deutsch-russischen Handelsvertrags mit der unmerklichsten Deutlichkeit hervor. Das deutsche Volk wird aus der glücklichen Erledigung dieser schwierigen Aufgabe die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß es mit Vertrauen der Führung der für die Leitung der Reichspolitik verantwortlichen Staatsmänner folgen kann und sich nicht durch politische Quertreibereien von links und rechts in diesem Vertrauen beirren zu lassen braucht.“

Das Geschwätz wirkt geradezu komisch, wenn man auf den Gang der Vertrags-Verhandlungen mit Russland zurückblickt und sich vergegenwärtigt, wie erst in Berlin, dann in Petersburg lange Konferenzen abgehalten worden, deren Resultat schließlich von der offiziellen russischen Presse dahin charakterisiert wird, daß man beiderseitig noch gar nicht zur Lösung der Tarife gelangt sei, sondern nur eine gewisse Fühlung genommen habe; wenn man ferner der kühlen Zurückhaltung gedenkt, mit welcher noch zu Anfang dieses Jahres die russische Regierung das brennende Verlangen des deutschen auswärtigen Amtes nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ignoriert. Erst der Ausbruch des Krieges in Ostasien und die schmähligen Niederlagen, die sich der russische Koloss von den Japanern holte, die zunehmende Ebbe der russischen Geldmittel stimmen den lieben östlichen Nachbar verführlicher, so daß thatsächlich die jetzt erfolgte Unterzeichnung des Vertrages weit mehr als eine Folge der japanischen Giehe, als ein Werk Wälowscher Staatskunst gelten muß.

Zudem aber liegt nach den Andeutungen offiziöser Blätter, vornehmlich der „Köln. Ztg.“ in ihrem gestrigen Morgenblatt durchaus kein Anlaß zur Bewunderung des neuen Vertrages vor, denn deutlich ergibt sich aus den betreffenden Auslassungen, daß die Zustimmung Russlands zu den deutschen Getreide-Minimalzöllen mit weitreichenden deutschen Zugeständnissen an den russischen Industrieschutz verknüpft ist, mit einer Zollbelastung der deutschen Stahl- und Maschinen-, sowie der Drogen- und Farwarenausfuhr nach Russland, die der deutschen Industrie, wenn später der Vertragstaxi bekannt wird, noch manche Klagen abpressen dürfte. Was die deutsche Landwirtschaft durch den neuen Vertrag gewinnt, das verliert der industrielle Export. Es ist bereits eine Vorahnung künftiger Enttäuschung, wenn schon heute die „National-Ztg.“ als Verfechterin großindustrieller Interessen lamentiert: „Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Landwirtschaft ihre Minimalzölle erhält und die Industrie, speciell die Feinindustrie (wie elektrische und chemische) die Besche zu zahlen hat. Für manche Industriezweige, namentlich für einen Teil der Maschinenindustrie, werden die Zugeständnisse allerdings nicht mehr sonderlich schwer ins Gewicht fallen; denn ob Prohibitiv-Zölle von — sagen wir 100 auf 200 Proz. des Wertes erhöht werden, ist herzlich gleichgültig, so gleichgültig etwa, wie es dem Proletarier sein kann, ob ein echter Panamahut 200 oder 400 Mark kostet. Aber zweifellos wird sich Russland nicht mit Zugeständnissen dieser Art abgefunden, sondern die zuerst erwähnten Industriezweige gleichfalls in einer Weise belastet haben, die ihren Wettbewerb ausschließt — gleichviel, ob die russische Industrie ihrerseits überhaupt in der Lage ist, auch nur im Entferntesten Ent-sprechendes zu leisten.“

Höhere Belastung des Lebensunterhalts der großen Masse des deutschen Volkes und zugleich scharfe Beschnidung der deutschen Industriewaren-Ausfuhr, das ist, wenn auch die einzelnen Vertrags-sätze noch nicht bekannt sind, das unzweifelhafte Ergebnis der Wilkowscher Vertrags-Verhandlungen. Und doch ist fast als anzunehmen, daß hiermit die Wälowschen Erfolge nicht erschöpft sind; auch außerdem die deutsche Regierung die Verpflichtung übernommen hat, ihren Einfluß zu Gunsten der Aufnahme einer russischen Anleihe in Deutschland geltend zu machen, d. h. der russischen Regierung zur Aufrechterhaltung ihres verfallenen Systems das Geld der deutschen Sparer auszuliefern, und auch sonst das russische Regime in seiner Verteidigung der europäischen Kultur gegen die anstürmende Barbarei der gelben Masse nach Kräften zu unterstützen.

Die „Kreuz-Zeitung“ gegen die russischen Zustände.

Die „Kreuz-Zeitung“ belundet am Ende Plehows noch immer überaus geringes Interesse. Ihre breiten und hohen Spalten sind erfüllt, aber das Petersburger Ereignis existiert darin nur in einigen dürftigen Depeschen. Der Zufall aber will es, daß die Freitag-Kummer des führenden Organs der konservativen Partei unter dem Strich in einer Korrespondenz vom Kriegsschauplatz einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Beurteilung der inneren russischen Zustände und damit des Attentats bringt. Baron Winder-Kriegstein berichtet von Jagd- und Streifzügen im sibirischen Ussurien-gebiet und zieht in seiner Schilderung den folgenden Vergleich zwischen den europäischen-russischen Bauern und den sibirischen Ansiedlern:

„Was die Freiheit und das Selbstgouvernement selbst aus dem stumpfsinnigen russischen Bauern machen können, habe ich hier mit Erstaunen konstatieren können. Während der russische Bauer in Russland selbst vor der Obrigkeit in knechtischer Ehrfurcht zittert und von dieser geleitet und angeleitet werden muß, um aus seiner fatalistischen Faulheit ausgerüttelt zu werden, fühlt sich der Ansiedler in Sibirien schon nach wenigen Jahren als freier Herr. Hier giebt es keine Gendarmen, keine Polizei, keine Steuerbehörde und keine Bevormundung. In diesen riesigen Gebieten, auf ungeheuren Strecken verteilt, entschlüpfen sie der staatlichen Bevormundung und fassen sich in den ersten Jahren ihres Hierseins allerdings sehr unselbständig. Hat jedoch der Ansiedler nach einigen Jahren eingesehen, daß der Ertrag seiner Arbeit ihm nicht mehr durch die Behörde geraubt und durch polizeiliche Machinationen abgepreßt wird, so beginnt er mit Lust und Liebe zu arbeiten und mit jedem Aker, den er jährlich ausrodet und kultiviert, steigt sein Selbstgefühl, bis er endlich bis zu einem gewissen Wohlstand gelangt, sich nicht mehr um die Behörden schert und als wirklich freier Bauer stolz und fest in seinen Stiefeln steht.“

Vielleicht vermag die politische Redaktion der „Kreuz-Zeitung“, wenn sie zu einer Würdigung von Plehows Untergang gelangt, aus dieser Darstellung ihres Korrespondenten zu lernen. Die „Kreuz-Zeitung“ sprach jüngst von den Uebertreibungen und Verallgemeinerungen des Königsberger Prozesses, aber keine fürchtbarere Anklage ist in Königsberg gegen die russische Wirtschaft erhoben worden, als Baron Winder-Kriegstein sie in der „Kreuz-Zeitung“ erhebt. Er erklärt, daß ganz allgemein in Russland der Bauer, also die große Mehrheit der Nation, durch die Behörde um den Ertrag seiner Arbeit beraubt und durch polizeiliche Machinationen ausgepreßt wird; inselgedessen lebe der russische Bauer in stumpfem Elend.

Vielleicht wird die „Deutsche Tageszeitung“ oder die „Staatsbürger-Zeitung“ den feudalen Mitarbeiter der „Kreuz-Zeitung“ demnach der Vorbereitung des Hochverrats gegen das russische Reich denunzieren!

Neuer Russenbienst?

Aus Königsberg wird uns dieser höchst seltsame Vorgang berichtet:

Vierundfünfzig russisch-jüdische Auswanderer trafen hier Dienstag ein und wollten die Reise nach Dänemark fortsetzen. 48 derselben hatten sich von der Reederei Birma Rarus-Lohn u. Sohn bereits Schiffskarten gelöst, um an demselben Tage mit dem Dampfer „Adolf Andersen“ nach Kopenhagen zu fahren. Bei seiner Ausfahrt aus dem Hafen legte der Dampfer, auf dem es sich die Auswanderer nun im Gefühle der Sicherheit bequem gemacht hatten, noch einmal am Paddel an. Sofort er-

„Lenet ein Anstaltskommissar und Gefängniswärter, welche die Auswanderer nötigen, das Schiff zu verlassen. Es war auch gleich der grüne Arrestantenwagen zur Hand, in dem die Gepäck der aus dem Traum der Sicherheit gerissenen Auswanderer eingeladen wurden. Dann wurden sie zunächst nach dem russischen Konsulat geführt und abends per Bahn nach Jasterburg transportiert. Es wurde den Leuten nicht einmal so viel Zeit gelassen, sich ihr Geld für die gelosten Schiffslatten von der Meederei zurückzahlen zu lassen. Auch das Geld für die Fahrt nach Jasterburg, wo sich eine Quarantänestation befindet, haben die Auswanderer bezahlen müssen. Einige sollen nicht einmal Geld übrig behalten haben, um sich Lebensmittel zu kaufen.

Ob die Leute von Jasterburg nach der russischen Grenze geschafft worden sind, oder was sonst mit ihnen geschehen ist, hat noch nicht ermittelt werden können. Auch aus welchem Grunde die russischen Auswanderer angehalten und nach Jasterburg zurücktransportiert worden sind, wird geheim gehalten. Auf Anfragen bei der Meederei wurde uns ausdrücklich gesagt, der Chef der Firma wünsche es nicht, daß darüber Auskunft erteilt werde; es sei viel besser, wenn die Sache nicht an die breite Öffentlichkeit komme.

Es wurde aber zugegeben, daß an sämtliche hiesige Meedereien, mit Ausnahme der der Amerika-Linie, eine behördliche Anweisung ergangen sei, keine russischen Auswanderer auf Dampfern zu befördern, bevor der Polizei davon Mitteilung gemacht worden sei.

Die „Hartungische Zeitung“ teilte ihren Lesern am Mittwochabend mit, daß 40 russische Auswanderer von hier nach Jasterburg zurücktransportiert worden sind, weil sie die dortige Quarantänestation umgangen hätten. Wie wir erfahren haben, soll diese letztere Behauptung nicht zutreffen. Es ist auch der „Hartungische“ auf ihre Frage nach der Ursache dieser Maßnahme keine Auskunft erteilt worden.

Polenpolitik und Unternehmerinteressen.

Der Regierungspräsident v. Oppeln (Oberschlesien) hat Vauunternehmern in Saitowitz, bei denen die Maurer streiken, die Genehmigung zur Beschäftigung galizischer Maurer erteilt. Die Saitowitzer Maurer wollen bekanntlich den bescheidenen Stundenlohn von 35 Pf. sowie die zehnstündige Arbeitszeit erzwingen. Ist es schon in hohem Maße bemerkenswert, daß ein hoher Regierungsbeamter durch eine derartige Maßregel zu Gunsten der wirtschaftlich stärkeren Partei nimmt gegen arme, um eine ganz bescheidene Besserung ihrer traurigen Lebenslage kämpfende Arbeiter, so gewinnt jene Maßnahme noch eine ganz besondere Bedeutung dadurch, daß sie in krassem Widerspruch zur gegenwärtigen Polenpolitik der Regierung steht. Fast täglich werden im ober-schlesischen Industriegebiet beschäftigte galizische Arbeiter ausgewiesen, und zwar auf Anordnung desselben Regierungspräsidenten, so unter anderem gerade in diesen Tagen wieder zwanzig Bauarbeiter, die von Baumunternehmern in Königsbrunn beschäftigt wurden. Die Regierung will eben verhindern, daß die fürchterliche Staatsgefährlichkeit der polnischen Bewegung in Oberschlesien noch verstärkt wird durch Zugang von Polen aus Galizien. In demselben Augenblick aber, wo der Profit einiger Baumunternehmer dadurch bedroht wird, daß ihre Maurer ein paar Pfennige Lohn mehr haben wollen, wird die ganze schöne Polenpolitik zum Schutze des geliebten Vaterlandes über Bord geworfen und die galizischen Arbeitswilligen werden zu willkommenen Stützen des Staates im Kampfe gegen die eignen proletarischen Landeskinde. Kann der Klassencharakter des Staates besser illustriert und die lächerliche Hohlheit unferer „nationalen Polenpolitik“ blutiger verhöhnt werden, als es durch diese Ausweisung ausländischer Polen gegen preussische Staatsangehörige geschieht?

Spionageverdacht. Aus Wilhelmshaven wird berichtet: Am Donnerstagabend wurden von einem Depotfeldwebel bei dem neu angelegten Fort Altona bei Rüstertsee zwei Franzosen unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Dieselben hatten sich durch das Photographieren der Befestigungsanlagen verdächtig gemacht und wurden dem Wilhelmshavener Marine-Untersuchungs-Gefängnis übergeben. Die Verhafteten erklären, sie befänden sich auf einer Vergnügungsfahrt. Der eine giebt an, Ingenieur, der andre Weinbauer zu sein.

Meineids-Prozess gegen den Oberleutnant Witte.

Frankfurt a. M., 29. Juli.
Vor dem Kriegsgericht der 21. Division begann heute früh die Verhandlung gegen den Oberleutnant und Bezirksoffizier Adolf Witte aus Siegen, der früher dem 18. Train-Bataillon in Forbach angehörte und in dem Meineids-Prozess vor dem Reger Kriegsgericht im vorigen Jahre eine Hauptrolle spielte.
Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist noch in Erinnerung. In dem Wilschesen Roman „Aus einer kleinen Garnison“ wurden besonders hervorgehoben zwei Oberleutenants Vorgert und Weimann. Ersterer wurde als ein Intrigant und Ränkefänger geschildert, der seine Untergebenen und Kameraden schikanieren, als ein Spieler, Schuldenmacher und Wechselläufer. Weiter wurde ihm vorgeworfen, daß er mit der Frau seines Kameraden Weimann, mit dem er in einem Hause wohnte, ein sträfliches Verhältnis unterhalte. Die Schilderung war so deutlich, daß man, als das Buch in Forbach bekannt wurde, keinen Zweifel hatte, wer mit den Oberleutenants Vorgert und Weimann gemeint war: Vorgert sollte den Oberleutnant Witte, Weimann seinen Kameraden Koch darstellen. Beide wurden genötigt, gegen den Verfasser des Buches, Lieutenant Witte, Strafantrag zu stellen, und dadurch wurde das ganze Forbacher Sittenbild aufgerollt, da gegen Witte in Reck bekanntlich öffentlich verhandelt wurde. Die Weisungsaufnahme war für Koch sowohl wie für Witte sehr kompromittierend, Oberleutnant Koch bekam sofort seinen Abschied, während Witte aus dem aktiven Dienst ausscheiden mußte, zur Disposition gestellt wurde und als Disziplinaroffizier verwendet wurde.

Jetzt steht Witte auf der Anklagebank. Er hatte unter seinem Eide geäußert, irgendwelche andern Beziehungen als erlaubt zu Frau Oberleutnant Koch gehabt zu haben, und ebenso hatte er bestritten, Schulden kontrahiert zu haben. Diese Aussage stand aber in schreiendem Widerspruch mit andern Zeugnisaussagen. Major Fuchs bekundete, daß Witte Wechselläuferin gehabt habe und daß ihm sogar zeitweilig mit Kainigeldern ausgeholfen wurde. Auch dafür, daß das Verhältnis Wittes zu Frau Koch nicht einwandfrei war, gab es ein ganzes Heer von Zeugen.

Frau Koch ist kurz vor der Verhandlung gegen Witte an den Folgen einer Operation des Winddarms gestorben. Wegen Witte wurde das Hauptverfahren wegen Meineids eingeleitet und er selbst in Haft genommen.

Die Anklage lautet auf Meineid und Mißhandlung von Untergebenen. Als Verteidiger steht dem Angeklagten Rechtsanwalt Richard Bod (Frankfurt) zur Seite. Es sind unter den Zeugen fast sämtliche ehemaligen Offiziere des Forbacher Trainbataillons vorgeladen. So sind anwesend, wie der Zeugnisaussage ergibt, der frühere Kommandeur des Bataillons Fuchs, die Oberleutenants Lindner und Koch, Lieutenant a. D. Wilsch usw. Diese Herren erscheinen, da sie nun dem aktiven Offizierkorps nicht mehr angehören, in Cylinder und schwarzem Rock. Weiter sind vorgeladen der damalige Verteidiger Wilsch, Rechtsanwalt Sommer, und der Vater des jetzigen Angeklagten, ein alter, bekümmert aussehender Herr. Unter den Zeugen befindet sich ferner eine Anzahl Forbacher Einwohner, so eine Hebamme, ein Friseur und eine Reihe Offiziersbedienten, die für die Frage eines sträflichen Verkehrs des Angeklagten Oberleutnant Witte mit der inzwischen verstorbenen Frau seines Kameraden, des Oberleutenants Koch, in Betracht kommen. Ferner sind wegen der Schulden und der Wechselläuferien, die der Angeklagte, obgleich er es unter seinem Eide bestritten hat, betrieben haben soll, der Direktor einer Spar- und Darlehnskasse und mehrere Agenten geladen.

Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Heß eröffnet die Sitzung pünktlich um 9 Uhr, worauf der Angeklagte Oberleutnant Witte, der in Uniform erscheint, durch einen Ordonanz-Offizier in den Saal geführt wird.

Nach erfolgtem Zeugnisaussage macht Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Heß die Zeugen auf die Bedeutung des Eides auf-

merksam. Gerade diese Sache zeige, wohin es führe, wenn man es mit seinem Eide nicht besonders genau nehme.

Vor Verlesung des Anklagebuchs erhebt sich der Vertreter der Anklage Kriegsgerichtsrat Dahmann, um einen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu stellen. Nachdem das Publikum sich hatte entfernen müssen, begründet er seinen Antrag und fordert im militärischen Interesse nichtöffentliche Sitzung für die ganze Dauer der Verhandlung bis zur Publikation des Urteils. Das Kriegsgericht beschließt, bis zur Urteilsverkündung die Öffentlichkeit auszuschließen.

Der hundertste Geburtstag Ludwig Feuerbachs

wurde von der Arbeiterkassette Kürnberg durch imposante Kundgebungen begangen. In Nürnberg hat bekanntlich der Philosoph das letzte Jahrzehnt seines Lebens verbracht. Als sich nach dem Siege die sozialdemokratische Partei auch in Nürnberg kräftiger zur Geltung brachte, nahm sie sich sofort des darobenden Philosophen, nachdem ihre Führer von seinen trübenden Lebensverhältnissen Kenntnis erlangt hatten, an. Der damalige Redakteur des Nürnberger Arbeiterblattes, Anton Remminger, der jetzt zum christlichen Bauernbündler herabgesunken ist, erließ im Namen der Partei in zahlreichen deutschen und ausländischen Blättern einen Aufruf zur materiellen Unterstützung Feuerbachs, wodurch er den Jura der angebliebenen Freunde desselben erregte. Sie hatten ihre Pflicht versäumt und gänzten die Sozialdemokratie nicht den Triumph, zuerst an den notleidenden Denker gedacht zu haben. Nachdem sie gegen den Schritt Remmingers protestiert und dessen Schilderung von Feuerbachs Lage als falsch bezeichnet hatten, eröffneten sie selbst eine Sammlung für ihn. Der Remmingerische Aufruf hatte großen Erfolg, überall leisteten die Arbeiter ihr Scherlein für Feuerbach, der einige Jahre vorher der sozialdemokratischen Partei beigetreten war. Die Sammlungen zusammen ergaben den Betrag von circa 30 000 Gulden. Kaum ein Jahr später starb Feuerbach, und die Arbeiter Nürnbergs ließen es sich nicht nehmen, ihn massenhaft zu Grabe zu geleiten und die Kosten seines Leidensbegängnisses zu bestreiten.

Seit dieser Zeit wird auch jedes Jahr am Johannisfest sein Grab auf dem Johannisfriedhof von ihnen mit Kränzen geschmückt. Auch an seinem hundertsten Geburtstag war es die sozialdemokratische Partei fast allein, die sich seiner erinnerte. Vom Sozialdemokratischen Verein wurde ein prachtvoller Lorbeerkranz am Grabe niedergelegt, ferner vom Arbeiter-Vereinsverein und von der Freireligiösen Gemeinde, auch der demokratische Volksverein hatte einen Kranz gespendet.

Das liberale Bürgerthum ignorierte den Gedenktag vollständig. Die liberale Stadterveraltung machte keine Miene, das Andenken ihres berühmtesten Bürgers irgendwie zu ehren, bis vor ungefähr vierzehn Tagen der frühere Reichstags-Abgeordnete für Siegburg, Hermann Beck, der aus Anbetungen unfer Presse entnommen hatte, daß von den Sozialdemokraten etwas geplant werde, den Antrag stellte, den Magistrat zu ersuchen, es möge durch eine Zusammenkunft gemeindliche Kommission beraten werden, in welcher Weise man Feuerbach eine Ehrung bereiten könne. Der Magistrat erklärte sich hierzu bereit, das Stadtoberhaupt erklärte aber gleich, daß dies nicht bis zum 100. Geburtstag geschehen könne, da die „Zeit zu kurz“ sei. Wenn es sich um die Ehrung irgend einer Fürstlichkeit gehandelt hätte, so hätte man sicher Zeit genug gefunden.

Am Abend des 28. Juli wurde im „Sächsischen Hof“ eine Gedächtnisfeier veranstaltet, die loslosch gemacht war und einen großartigen Verlauf nahm. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Dr. Südekum, der das Leben und Wirken Feuerbachs und den Kern seiner Lehre schilderte. Der Saal war festlich geschmückt, in einem Pflanzengarten war die Wüste Feuerbachs aufgestellt. Gefangenvorträge von Arbeiterfängern leiteten die Feier ein und schlossen sie.

Ausland.

Frankreich.

Der Streit mit dem Vatikan.

Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit der Lage, welche durch die Antwort des Vatikans auf die letzten Mitteilungen der französischen Regierung geschaffen ist. Ueber das Ergebnis der Beratung wird Stillschweigen beobachtet. Ministerpräsident Combes erklärte einem Berichterstatter, die diplomatischen Gepflogenheiten hinderten ihn daran, sich über die Angelegenheit auszulassen. Man nimmt infolgedessen an, daß ein vollständiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan stattfinden werde. Die Regierung wird heute abend dem Geschäftsträger de Courcel eine telegraphische Note zugeben lassen, die derselbe morgen früh dem Vatikan zustellen wird. Man glaubt, daß Courcel und das Personal der Botschaft Rom morgen verlassen werden, und daß auch der Nuntius Lorenzelli morgen von Paris abreist.

Paris, 29. Juli. In dem heutigen Ministerrat besprach der Minister des Aeußeren Delcassé die ähhere Politik und verbreitete sich namentlich über die Beschlagnahme von Schiffen vom internationalen Gesichtspunkte aus sowie über die politische Lage in Marokko.

Paris, 29. Juli. Wie die „Agence Havas“ meldet, ist die Nachricht, General Régnier habe um seine Entlassung gebeten, unbegründet. Der General habe während seiner letzten Inspektionsreise im Osten in einem an den Kriegsminister gerichteten Bericht zwei Wünsche geäußert über die Entsendung von Handigen nach gewissen Punkten und über den ungenügenden Effektivbestand einzelner Regimenter. In beiden Angelegenheiten sei dem Wunsche des Generals entsprochen worden.

Der Abschied des Generals Régnier.

Paris, 29. Juli. „Echo de Paris“ bestätigt die Nachricht der „Liberté“, General Régnier habe seine Entlassung als Mitglied des Obersten Kriegsrats mit der Begründung gegeben, daß er bei Befichtigungen an der Dünengezucht bemerkt habe, für die er die Verantwortung nicht übernehmen wolle. Dem „Gil Blas“ zufolge sollen die Gründe, welche Régnier zu dem Entlassungsgesuch veranlaßt haben, rein politischer Natur sein. — „Humanité“ ist der gleichen Ansicht und meint, die Verabschiedung Régniers werde nur das Vorbild zu einem Vorgehen der reaktionären Offiziere und Generale bilden, welche im Unverständnis mit dem „Generalstab der Kirche“ handelten. — Dagegen glaubt der „Radical“, der wahre Grund des Entlassungsgesuches Régniers sei der, daß er die Ueberzeugung gewonnen habe, er werde im Oktober, wo er die Altersgrenze zum Uebertritt in die Reserve erreicht, nicht im aktiven Dienst beibehalten werden, obwohl er ein Kommando vor dem Feinde gehabt habe.

Paris, 29. Juli. Der Militär-Gouverneur von Paris befehlt die vorläufige Freilassung des Kommandanten Kollin und drei anderer Offiziere des ehemaligen zweiten Bureaus, die im Lauf der in Angelegenheit der Revision des Drehsprozesses angeordneten Untersuchung verhaftet worden sind.

England.

London, 29. Juli. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage erklärt der Premierminister Balfour, das russische Kriegsschiff „Dmitri Donskoi“ habe sich in Port Said mit 500 T. Kohlen versehen, um nach Erklärung des Kommandanten direkt über Cadix nach Kronstadt zu gehen; trotzdem habe das Schiff während der nächsten drei Tage 6 Kauffahrtschiffe, darunter 2 englische angehalten und auf ihre Papiere geprüft. Nach Ansicht der englischen Regierung sollen in Zukunft die Schiffe keine Kohlen mehr erhalten, die sie nicht verpflichten, sie nur zu dem Zweck zu gebrauchen, den sie bei der Verladung angeben.

London, 29. Juli. Im Unterhause wurde heute die dritte Lesung des Schankgesetzes mit 217 gegen 129 Stimmen angenommen. — Das Oberhaus nahm die Finanzbill endgültig an.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Juli. Da die Pforte Einwendungen gegen die Vermehrung der fremden Gendarmerie-Offiziere für Mazedonien macht, haben die Vorkämpfer der Ententeemächte erklärt, daß ihre Offiziere aus ihren Bestimmungsorten abgehen werden. Auch die übrigen Großmächte sind mit der Vermehrung einverstanden, wenn sie auch die Zahl ihrer Offiziere nicht in demselben Maße, oder eventuell gar nicht vermehren werden, da ihre Rapous weniger Kapaz enthalten. — Die Nachricht, wonach die Pforte Rußland mitgeteilt habe, daß sie eine weitere Durchfahrt der Schiffe der Freiwilligenflotte durch die Meerenge nicht gestatten könne, ist unrichtig. Hiesige politische Kreise glauben nicht, daß durch die jüngsten Vorfälle die Meerengenfrage ausgerollt werden müsse.

Gustav Kehler.

Die Arbeiterbewegung hat wiederum den Tod eines alten Kämpfers zu beklagen. Genosse Gustav Kehler, der jüngeren Generation fast nur als der hervorragende Vertreter der lokalen organisierten Gewerkschaften, den älteren Genossen mehr aber noch als radikaler Mittkämpfer aus der Zeit des Sozialistengesetzes bekannt, ist in der Nacht zum Freitag verstorben.

Kehler erlitt schon vor zwei Jahren einen Schlaganfall, der sich vor 14 Tagen etwa wiederholte. Der zweite Anfall traf ihn mit einer Festigkeit, daß er sich von demselben nicht wieder erholte. Am Donnerstag wurde er in das Krankenhaus Bethanien gebracht. Als ihn dort am Freitagmittag die Tochter in Begleitung des Genossen Fritz Kater besuchen wollte, wurde beiden die traurige Mitteilung gemacht, daß Kehler in der vergangenen Nacht bereits vom Tode ereilt war.

Kehler, der am 27. Februar d. J. 72 Jahre alt geworden ist, hat — ehe er sich der Arbeiterbewegung zuwandte — die Karriere eines Staatsbeamten durchgemacht. Jahrzehnte lang war er Regierungsbaumeister. Als solcher hat er u. a. auch den Bau der berühmten Siedlungsinsel auf der Insel Hiddensee geleitet.

Schon zeitig erwachte in ihm das politische Interesse und das Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung. Er kam politisch von der Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie, die in ihm einen ihrer konsequentesten Vertreter fand. Sein Beruf brachte es ganz natürlich mit sich, daß er bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter sein Hauptinteresse den Bauarbeitern zuwandte. Bezüglich der Art der gewerkschaftlichen Organisation hat ja zwischen ihm und den Vertretern der centralisierten Gewerkschaftsform bis zuletzt ein heftiger Streit getobt, aber das müssen auch seine Gegner in diesem häuslichen Streit der Arbeiterbewegung zugestehen: a u f r ü t t e l u d haben unter den Bauarbeitern wenige so gewirkt, wie der „alte Kehler“.

Auch als Parteigenosse that er seine Pflicht. In der schwersten Zeit, in den Anfängen des Sozialistengesetzes, stellte er sich in die Reihen der Sozialdemokratie und der damals nicht minder heftig verfolgten Gewerkschaftsbewegung. Zu Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts trat er öffentlich für die Partei auf. Zugleich übernahm er die Redaktion des von den Berliner Maurern gegründeten „Bauhändler“, der sich unter seiner Leitung über ganz Deutschland ausbreitete. Im Jahre 1880 wurde er wegen seiner Thätigkeit für Partei und Gewerkschaft aus Berlin ausgewiesen. Von Ort zu Ort wurde er von den Behörden gehetzt; er war einer der am meisten Verfolgten des Sozialistengesetzes. Mit ihm wanderte auch die Redaktion des von ihm hergestellten Blattes von einem Ort zum andern; stets neue Namen mußten für dasselbe erfunden werden und immer wieder neue Verleger wählte man für dasselbe ausfindig zu machen. Einjam, von seiner Familie getrennt, zog er durch das Land, nur seinen Ueberzeugungen und Ideen lebend. — Diese Leidenszeit des Verstorbenen ist zweifellos mit einer Erklärung dafür, warum er sich eine Gewerkschaftsbewegung nicht denken konnte, die — lediglich wirtschaftlichen Zielen zustrebend — nicht gleichzeitig das rote Banner der Partei in die Höhe hob. In der Zeit, wo er die schwersten Kämpfe für beide durchmachte, waren Partei und Gewerkschaften eins; er fürchtete, daß die Taktik des Getrenntmarschierens die Arbeiterbewegung Niederlagen entgegenführen würde.

Käuflich blieb ihm auch die Bekanntschaft mit den Gefängnismanern nicht erspart. Er lernte in einer ganzen Reihe vaterländischer Gefängnisse die deutsche Freiheit schätzen. Bekanntlich wurde auch er als Redakteur des „Volksblatt“ für Teltow-Beesfow im sogenannten „Gummischlauch-Prozess“ im Jahre 1894 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. 1898 noch erhielt er auf Grund einer Rede in Zeit eine viermonatliche Gefängnisstrafe, die der fast 70jährige in Regel verbüßt hat.

Mit dem Fall des Sozialistengesetzes kehrte Kehler nach Berlin zurück und widmete nun seine Kraft vornehmlich der Gewerkschaftsorganisation, in welcher er als Redakteur der „Einigkeit“ bekanntlich für die Form der sog. „lofen“ Centralisation eintrat. Auf allen Kongressen der so gestalteten Organisationen war er anwesend. Noch bis vor zwei Jahren, ehe er von dem ersten Schlaganfall betroffen wurde, trat er auch vielfach als Referent in Versammlungen auf und noch auf dem letzten Kongress der Richtung (1903 in Berlin), beteiligte er sich an der Diskussion.

Auch für die Partei blieb er thätig. Bei den Reichstagswahlen erschien der noch immer aufrecht kräftige Mann als Referent in vielen Versammlungen. Es giebt Wahlkreise, die es ganz erheblich gerade seiner Mithilfe verdanken, daß sie für die Sozialdemokratie gewonnen wurden. Er selbst kandidierte durch mehrere Wahlperioden für den Wahlkreis Kalbe-Ascherleben. — Im ganzen ein reiches, arbeitsvolles Leben, das da in der Nacht zu seinem Ende fand! Die Gewerkschaften der lokalen Richtung, mit denen er enger verbunden war, haben denn auch alle Ehren, die sie zu vergeben hatten, auf das Haupt dieses Mannes gehäuft; in ihm verkörperte sich gewissermaßen diese Richtung. Seine Gegner aus dem andern Lager mögen manchen harten Strauß mit ihm ausgefochten haben, aber sie werden mit Achtung an die Bahre dieses Mannes treten.

Wir alle aber betrauen in ihm den eifrigen und treuen Parteigenossen — ein solcher war er, wie wenige außer ihm!

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Der allgemeine Angriff auf Port Arthur

soll nach Depeschen englischer Blätter begonnen haben. Aus London meldet der Draht:

„Daily Mail“ meldet aus Hologama vom 28. dieses Monats, daß der allgemeine Angriff auf Port Arthur begonnen habe. Eine ähnliche Meldung bringt „Daily Telegraph“ aus Schanghai.

Japanische Spione.

Petersburg, 29. Juli. Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Wladiwostok von gestern: Nachdem festgestellt worden ist, daß viele Japaner als Chinesen verkleidet auf den Bergen die Bewegungen der russischen Truppen verfolgen und ihren eigenen Patrouillen Signale geben, erfolgte in der russischen Armee der Befehl, auf solche Spione in den Bergen zu schießen.

Eine amerikanische Note.

Washington, 28. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das Staatsdepartement hat der russischen Regierung eine Note zugehen lassen, in der es anfragt, ob der von einer amerikanischen Firma gecharterte deutsche Dampfer „Arabia“ freigelassen sei. Die

russische Regierung erwiderte, sie habe gar keine Nachricht über die Beschlagnahme der „Arabia“, da diese noch nicht in Wladivostok eingetroffen sei. Die amerikanische Note ist in sehr gemäßigtem Tone gehalten, der indessen später vielleicht, wenn notwendig, verschärft werden könnte.

Englischer Protest.

London, 29. Juli. Dem Reuterschen Bureau wird aus Petersburg die amtliche Meldung übermitteln, daß der englische Votschafter gegen das Versetzen des „Knight Commander“ formellen Protest erhoben habe, weil nach allen Grundsätzen des Völkerrechts eine Verechtigung dafür nicht aufrecht erhalten werden könne.

Das Wladivostok-Geschwader.

Frankfurt a. M., 29. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Tokio, daß das Wladivostok-Geschwader noch in der Nähe der Bucht von Tokio läge; man sei um das Marinestütz- und Uebungsboot „Kotonow Maru“ und auch wegen des Postschiffs „Korea“ besorgt. Mehrere Schiffe seien überfällig.

Russische Heldenthat.

Petersburg, 29. Juli. (B. Z. V.) Wie Generaladjutant Europassin dem Kaiser von gestern meldet, legten am 24. Juli eine freiwilligen-Abteilung und Kosaken einer japanischen Aufklärungs-Abteilung 18 Werst südlich von Lachman einen Hinterhalt. Uebersie wurden getötet und eröffneten dann das Feuer. Zwölf Japaner wurden getötet, 20 verwundet und 2 Verwundete gefangen genommen, beide vom zweiten Garderegiment.

Hus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel im ersten Halbjahre 1904. Nach dem foeden vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Juniheft der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets betrug im 1. Halbjahre 1904:

1. Die Einfuhr in Tonnen: 22 304 081 gegen 21 723 916 und 19 661 309 im gleichen Jahresabschnitt der beiden Vorjahre, daher mehr 580 165 und 2 642 772. Von 26 von 43 Zolltariffnummern ist eine Einfuhrzunahme verzeichnet. Erden, Erze haben mehr zugenommen, als die Gesamtzunahme ausmacht. Auch bei Holz, Drogerie, Apotheker-, Farbwaren, Eisen und Eisenwaren ist eine erhebliche Zunahme nachgewiesen. Dagegen haben Getreide und Materialwaren beträchtlich nachgelassen.

2. Die Ausfuhr in Tonnen: 18 604 153 gegen 18 303 199 und 15 789 131 im ersten Halbjahre 1903 und 1902, daher mehr 300 954 und 2 815 022. 27 von 43 Zolltariffnummern lassen eine Zunahme der Ausfuhr erkennen. Darunter ragen Kohlen hervor. Sie haben mehr zugenommen als die ganze Ausfuhrzunahme. Auch Getreide und andere Landbau-Erzeugnisse haben infolge vermehrten Absatzes von Roggen, Hafer, Kartoffeln gegen die Vorjahre bedeutend zugenommen. Dagegen zeigt sich ein großer Ausfall bei Eisen und Eisenwaren, ferner bei Materialwaren.

3. Die Einfuhrwerte in Mill. Mark: 3180 gegen 3077 und 2839 in den ersten Halbjahren 1903 und 1902, daher mehr 103 und 341. Edelmetalleinfuhr: 71 gegen 67 und 57 Mill. Die stärkste Wertzunahme ergibt sich für Baumwolle (+ 48 Mill.), die stärkste Abnahme für Getreide (- 20 Mill.). Auch Seide und Wolle haben erheblich nachgelassen.

4. Die Ausfuhrwerte in Mill. Mark: 2508 gegen 2428 und 2223 in den beiden Vorjahren, daher mehr 80 (genau 84 362 000 M.) und 285 Mill. Edelmetalleinfuhr: 48 gegen 50 und 37 Mill. Instrumente, Maschinen haben um 23, Baumwollwaren um 22, Getreide usw. um 15, Wolle und Wollentwaren um 12 Mill. Mark zugenommen, Material- und Seidenwaren um je 13, Eisen und Eisenwaren um 12 Mill. Mark abgenommen.

Zum Schiffsahrtkrieg. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden großen deutschen Schiffsahrtgesellschaften, der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd einerseits, sowie den Leitern der englischen Cunard-Linie andererseits, müssen, wie bereits berichtet wurde, als völlig gescheitert gelten. Der transatlantische Tarifkampf nimmt also seinen Lauf, bis schließlich die aus ihm erwachsenden Schädigungen der Cunard-Linie, als dem zweifellos schwächeren Teil, doch ein Einlenken ratlos erscheinen lassen werden. Wie der Wiener „Freien Presse“ aus London geschrieben wird, haben die Verhandlungen hauptsächlich aus dem Grunde zu keinem Resultat geführt, weil, wie es gewöhnlich der Fall ist, Besprechungen, welche direkt zwischen den Spitzen der Streitparteien stattfinden, selten zu einer Einigung führen, wenn nicht früher die Grundfrage für ein Einlenken durch unabhängige Vermittler vorbereitet wurde. Außerdem hat der Kampf nur kurze Zeit gedauert, und die jetzige Saison ist auch für die Auswanderung keine besonders starke. Zudem sind die seitens aller Beteiligten bisher erlittenen Verluste nicht so groß, daß sie dieselben bei ihrer Kapitalkraft empfindlich fühlen würden.

Es handelt sich um einen Kampf wegen des Transports von ungarischen Auswanderern nach Amerika, welche die deutschen Gesellschaften per Bahn über ihre Häfen leiten möchten, während die ungarische Regierung will, daß sie über den nationalen Hafen Fiume geführt werden. Für diesen Dienst war in erster Linie die ungarische Schiffsahrtgesellschaft „Adria“ in Betracht gezogen worden. Da sie aber nicht im Stande war, selbst diesen Dienst zu übernehmen, so hat sie unter ihrer Verantwortlichkeit die englische Cunard-Linie vorgeschlagen, welche auch von der Regierung acceptiert wurde. Sollten nun die Deutschen, anstatt ausschließlich auf der Nordroute zu bestehen, sich mit der Idee befreundet, eine eigene spezielle Linie von Fiume nach New-York einzurichten, und nicht außer acht gelassen, daß es schwer möglich sei, die „Adria“, welche gewisse Vereinbarungen mit der Regierung hat, ganz beiseite zu lassen, dann hätten wahrscheinlich sie und nicht die Cunard-Linie den Vertrag abgeschlossen. In diesem Falle wäre ihnen ein Teil der ungarischen Emigranten für Hamburg und Bremen und ein Teil für ihre neue Linie ab Fiume geblieben. Das ist aber nicht geschehen, weil die Leiter der deutschen Gesellschaften davon fest überzeugt waren, daß eine Linie ab Fiume nicht zu Stande kommen würde. Infolgedessen ist ihnen auch das Geschäft entgangen. Daher die Kriegserklärung gegen die Cunard-Linie.

Zur Schiffsahrtführung auf der Oder. Ueber den Notstand der Oderschiffahrt laufen dieselben übertriebene Nachrichten um. Einige Blätter haben berichtet, daß in Stettin und Swinemünde etwa 2000 Bolkwerksarbeiter beschäftigungslos seien, weil die Rillen, die die Frachtgüter für den Ueberseefahrt bringen und holen, nicht herankommen können. Ferner heißt es, daß gegenwärtig in Swinemünde nicht weniger als 33 englische Kohlendampfer liegen, die zum Teil schon seit Wochen auf Entladung harren. Demgegenüber stellt die „R. St. Ztg.“ auf Grund von Erläuterungen, die sie an genau unterrichteten Stellen eingezogen hat, folgendes fest: Infolge des abnormen niedrigen Wasserstandes der Oder ist die Schiffsahrt zwischen Stettin und Breslau infolgedessen lahm gelegt, daß die von Stettin stromaufwärts abgelassenen Rähne nur noch bis Güstrow, im günstigsten Falle bis Frankfurt gelangen können, und zwar mit geringer Ladung. Darüber hinaus liegt die ganze Schiffsahrt still, weil selbst kleine Schleppdampfer trotz ihres geringen Tiefgangs nicht mehr schwimmen können. Allen Beteiligten erwächst selbstverständlich ein noch nicht abzusehender Verlust. Dagegen können die von Stettin nach Berlin abgelassenen Rähne noch, wenn auch mit weniger Ladung, ihre Fahrt beenden. Das Haupthindernis bildet auf dieser Linie eine bei der Saathener Schleuse vorhandene Sandbank. Die Rähne vermögen diese jedoch, wenn sie nicht größeren Tiefgang haben, mit einiger Schwierigkeit passieren. Die Behauptung, daß in Swinemünde 33 Kohlendampfer zum Teil schon seit Wochen auf Entladung harren, ist völlig grundlos. Bis jetzt hat noch kein Dampfer aus den angegebenen Gründen still liegen müssen. Gestern lagen in Swinemünde zwei Kohlendampfer, die mit aller Macht entlassen werden. Ein dritter Dampfer mit Kohlen wurde gestern noch dort erwartet. Wichtig ist nur, daß eine große Anzahl Dampfer

und Rähne auf der Strecke zwischen Küstrin bezw. Frankfurt und Breslau infolge des niedrigen Wasserstandes fest liegen und schon seit längerer Zeit auf besseren Wasserstand warten müssen.

Der Königsberger Prozeß.

wurde gestern abend durch den Genossen Karl Liebknecht in einer imposanten Volksversammlung besprochen. Der Versammlungssaal, das „Palasttheater“ in der Wolfgangstraße, war schon um 7 Uhr vollständig gefüllt. Mehrere tausend Personen, Männer und Frauen, füllten das Parterre sowie die beiden Galerien des Saales bis auf den letzten Platz. Bald nach 7 Uhr sperrte die Polizei das überfüllte Lokal ab. Vor dem Versammlungssaal und in den nebenliegenden Straßen staute sich die Menge derer, die keinen Einlaß in den Saal mehr fanden. Die nach Tausenden zählende Menge, welche nach der polizeilichen Absperrung herguströmte, war mindestens ebenso groß, wie die Zahl der im Lokal Anwesenden. — In beängstigendem Gedränge und unter dem Druck einer furchtbaren Hitze harzte man des Beginns der Versammlung. Die Gespräche, welche unterdessen von verschiedenen Gruppen geführt wurden, drehten sich um den Gegenstand der Tagesordnung, und die Ueerteile, welche man hier aus Volksmund über das Knutenregiment des Jaren sowie über dessen liebebedienische Vertreter in Deutschland zu hören bekam, waren nichts weniger als schmeichelhaft.

Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Genossen Oppel, und neben ihm sah im Bureau einer der in Königsberg verurteilten „Geheimbänder“, Genosse Rachel. Als Genosse Liebknecht den Saal betrat, wurde er mit stürmischem Beifall, einer Demonstration gegen das Königsberger Urteil empfangen.

In wirkungsvoller Rede zeichnete der Referent ein anschauliches Bild sowohl der Vorgesichte des Prozeßes, sowie von den Verhandlungen vor der Strafkammer. Mit ungewöhnlich lebhaftem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners und gab an den für die Absonderlichkeiten des Prozeßes bezeichnenden Darlegungen ihre Uebereinstimmung mit dem Redner durch Beifall und Zwischenrufe kund. Als Genosse Liebknecht der durch nichts begründeten Untersuchungshaft gegen Braun und dessen Erkrankung im Gefängnis gedachte, ertönten lebhafteste Rufe der Entrüstung. Der Redner bezeichnete unter allgemeiner Zustimmung den Prozeß als einen Erfolg der Socialdemokratie, der man im Interesse des russischen Jaren eine Niederlage hatte bereiten wollen. Ein Sturm der Entrüstung durchbrauste jedesmal den Saal, wenn der Redner eine der vielen unerschrockenen Absonderlichkeiten des Prozeßes besprach. Besonders Aufsehen erregte es, als er mitteilte, daß eine in den Gerichtsakten enthaltene Bemerkung des Staatsanwalts besagt: „Bei dem Interesse, welches der Justizminister dem Prozeß entgegenbringt, bitte ich Sie, recht zuverlässige Beamte mit der Untersuchung zu betrauen.“

Alle die vor und während des Prozeßes bekannt gewordenen Ungehelichkeiten und Unrechtmäßigkeiten ließ der Redner Revue passieren, und die Versammlung verurteilte durch impulsive Kundgebungen alle diese Vorgänge ebenso entschieden und rückhaltlos, wie die schmachlichen in Rußland herrschenden Zustände, die der Referent soweit sie mit dem Prozeß in Zusammenhang stehen, besprach.

Auch hier, vor dem Forum der Volksversammlung sah der Zarismus auf der Anklagebank und mit ihm die offiziellen und nicht offiziellen Persönlichkeiten in Deutschland, welche der Erhaltung und Förderung des Knutenregiments ihre Hilfe leihen. Und das Urteil, welches die Versammlung über den Zarismus und seine deutschen Helfer fällte, war eine scharfe Verurteilung, die am rückhaltlosesten zum Ausdruck kam, als der Redner zum Schluß ausführte: Der Zarismus und seine Schergen standen in Königsberg am Pranger. Gestern durchschritt die Kunde Berlin: Plehwe, der Muthund von Wilna, ist gerichtet worden. (Zosender Beifall, der längere Zeit anhält.) Nicht einer hat ihm eine Thräne nachgeweiht. (Wabo.) Es war eine That, fürchterlich und entsetzlich, aber alle, die unter der Schreckensherrschaft des Muthundes litten, atmeten erleichtert auf. Ein ehrendes Andenken dem Attentäter, wenn wir auch seine Handlung nicht billigen können. Das praktische Resultat des Prozeßes ist das, daß jeder freigesinnte Deutsche erklären muß: Ich halte ich es für meine Pflicht, den russischen Freiheitkämpfern zu helfen, und jeder Parteigenosse muß sich verpflichtet halten, die Bestrebungen der russischen Parteigenossen durch Einschmuggelung von socialdemokratischen Schriften zu unterstützen. (Stürmischer Beifall.) Nicht nur jeder Parteigenosse, sondern auch jeder freisinnige Mann muß dazu beitragen, daß die Wälfte des Despotismus gestürzt werde und daß wir bald rufen können: Der Zarismus ist tot, es lebe die russische Freiheit. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Nach dem Vortrage nahm Genosse Buchholz, als Zeuge aus dem Königsberger Prozeß bekannt, das Wort. Unter lebhaftem Beifall kennzeichnete er an einzelnen Beispielen die Leiden seiner russischen Landsleute mit bewegten Worten und sprach die Erwartung aus, daß die deutschen Parteigenossen ihre russischen Brüder bei der Erlämpfung freirechtlicher Zustände unterstützen werden.

Nachdem auch Genosse Rachel in wenigen Worten den Prozeß gekennzeichnet hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung spricht dem Genossen Liebknecht für seine eingehende Darstellung des Königsberger Prozeßes ihren Dank aus. Die Versammelten drücken den Angeklagten und Verurteilten ihre volle Sympathie aus und anerkennen die aufopfernde Arbeit der Verteidigung, wodurch es möglich geworden ist, der gesamten gestitteten und gebildeten Welt den Zarismus in seiner Radikalität zu zeigen und die Brutalität und Barbarei seiner Beamten und Stützen ans Licht zu ziehen.

Die Versammelten fühlen sich eins mit dem unterdrückten und nach Freiheit dürstenden russischen Volke und verpflichten sich zur Unterstützung ihres Bestrebens zur Erringung westeuropäischer Kultur.

Insbondere ist die Versammlung der Ansicht, daß die deutsche Socialdemokratie, um den Mafchen des § 128 des Straf-Gesetzbuches zu entgegen, in ihr Organisationsstatut eine Beitrittung aufnehmen muß, nach der es Pflicht jedes organisierten Socialdemokraten ist, bei dem Transport von russischen, in Deutschland nicht verbotenen Schriften mitzuwirken, und die russischen Freiheitkämpfer zu unterstützen.

Die Versammlung wurde mit begeisterten Hochrufen auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Der Antrag der Zeller-Versammlung soll den russischen Genossen überwiesen werden.

Gewerkschaftliches.

Die Kammer (Sektion des Steinfeiger-Verbandes) nahmen in einer gestrigen Versammlung den Bericht des Verbandsvorsitzenden Knoll über die Verhandlungen des Einigungsamtes zur Verlegung des Streiks entgegen und wählten darauf in die Schlichtungskommission die Kollegen Lampe, Greway und Grieger aus Berlin, Reusel, Potsdam und Strehmann-Köpenick; als Ersatzmann Herrmann-Bergholz. Die Wahl des unparteiischen Vorsitzenden fiel wie bei den Steinfeigern auf den Gewerkschaftler Dr. Leo. Alsdann wurde beschlossen, zur Ergänzung des Streikfonds pro Mann und pro Woche vom 6. August ab einen Extrabeitrag von 50 Pf. an die Organisationskasse zu entrichten. (Für die Steinfeiger beträgt dieser Extrabeitrag pro Woche 1 M.)

Verammlungen.

Erklärung. In Nr. 174 vom 27. Juli 1904 unter Verammlungen ist bei dem Versammlungsbericht des Centralverbandes der Töpfer folgendes zu berichtigen: Es heißt wörtlich: „Es besteht zur

Zeit nur eine Sperrte, und zwar über das Geschäft von Grob, die von dem Lokalverein nicht beachtet wird.“ Ich muß nun konstatieren, daß von unsern Kollegen des Vereins der Töpfer Berlin und Umgebung (Lokalverein) keiner bei dem Töpfermeister Grob arbeitet, ebensowenig hat der Herr Grob bis jetzt von uns Ofenfeiger beschäftigt. Paul Guth, Vorsitzender des Vereins der Töpfer Berlin.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 29. Juli. (B. Z. V.) Das Ciappenkommando in Deutsch-Südwestafrika meldet: Kranke, 3 Offiziere, 26 Mann von der Schutztruppe und 3 Offiziere, 122 Mann vom Marine-Expeditionscorps haben am 27. d. Mts. Swakopmund mit dem Dampfer „Schleswig“ verlassen, sind am 9. August in Kadeira, am 15. August in Bremenhaven.

Som Attentat.

Petersburg, 29. Juli. (B. Z. V.) Von glaubwürdiger Seite wird erzählt, daß gestern bald nach dem Anschlag auf den Minister Plehwe ein Mordanschlag des Mörders verhaftet wurde. Während letzterer vor dem Hotel Watschou auf den Wagen des Ministers wartete, hatte sich der andre etwas weiter hin am Obwodnykanal aufgestellt, um einen zweiten Mordversuch zu machen, falls der erste nicht gelingen sollte. Sofort nach der Explosion der Bombe mietete er sich ein auf dem Kanal liegendes Boot zu einer Spazierfahrt. Als das Boot eine größere Strecke zurückgelegt hatte, warf er einen anscheinend schweren Gegenstand in das Wasser. Der Bootsmann schöpfte in folgedessen Verdacht und rief Polizisten aus einer am Kanal gelegenen Polizeiwache herbei, welche den Fahrgast verhafteten. Der in das Wasser geworfene Gegenstand wurde durch Taucher herausgeholt und erwies sich als eine Sprengbombe. Der Mannweigert sich hartnäckig, seinen Namen zu nennen.

Wien, 29. Juli. In hiesigen Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß durch den Tod Plehwe's das Ansehen und der Einfluß Bittes stark steigen und die Friedenspartei in Rußland die Oberhand gewinnen wird.

Som ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 29. Juli. (B. Z. V.) Ein Telegramm des Admirals Strydomo an den Kaiser von gestern besagt: Am 29. Juli traf in Wladivostok unter dem Kommando des Vizeadmirals Wladislaw der deutsche Dampfer „Arabia“ ein, der von der Kreuzer-Abteilung am 22. Juli hundert Meilen nördlich von Nohohama angehalten wurde. Bei der Einfuhrnahme in die Schiffspapiere ergab es sich, daß der Dampfer außer andern Frachten gegen zwoihundert Tonnen verschiedenen Eisenbahnmateriale und Wehl (20 000 Sack) an Bord hatte, die für die Häfen Nohohama, Kobe und Nagasaki bestimmt waren. Das Vorhandensein von Frachten auf dem Dampfer „Arabia“, die von der kaiserl. Regierung als Kriegskonterbande erklärt worden sind, veranlaßte den Konteradmiral Jessen, den angehaltenen Dampfer nach dem nächsten russischen Hafen Wladivostok zu senden, um ihn dem dortigen Vriefengericht zu übergeben.

Rußden, 29. Juli. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Aus Riutschwang hier eingetroffene Personen berichten, daß die russischen Truppen am 25. Juli morgens die Stadt räumten unter Mitnahme der Vorräte der Verwaltung und des ganzen rollenden Eisenbahnmateriale. Nach ihrem Abzuge begannen chinesische Truppen die Bahnhöfe und andre Gebäude zu plündern. Japanische Abteilungen in einer Stärke von 120 Mann drangen nachmittags gegen 5 Uhr in die Stadt ein und besetzten die öffentlichen Plätze und die Verwaltungsgebäude. Die chinesischen Behörden gingen den Japanern entgegen. Die in Riutschwang verbliebenen russischen Unterthanen sehen unter dem Schutze des französischen Konsulats. Alle Werksachen der Filiale der Russisch-Chinesischen Bank sind vorher fortgeschafft worden.

Tokio, 29. Juli. (B. Z. V.) Amlich wird gemeldet: General Oka berichtet, daß nach Mitteilung gefangener russischer Offiziere General Kurapatkin an den letzten Kämpfen teilgenommen habe und daß die Generale Sakalow und Kudrawitsch bei denselben verwundet worden seien. Die russischen Verluste betragen etwa zwoitausend, die japanischen gegen tausend Mann.

Petersburg, 29. Juli. (B. Z. V.) Europassin telegraphiert, daß er nicht verwundet sei, sondern sich wohl befinde.

Tiflis, 29. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Hier eingetroffene Flüchtlinge berichten, daß in der Nacht zum Donnerstag ein japanischer Kreuzer und ein Kanonenboot durch Minen zerstört worden seien. Heute traf eine Dschunke mit dreißig Ausländern aus Port Arthur hier ein. Dieselben geben an, daß am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag heftige Kämpfe zu Lande und zu Wasser im Osten und Nordosten von Port Arthur stattgefunden haben. Sie glauben, daß der Hauptangriff bevorsteht, und versichern, daß die Beschießung der Stadt am Donnerstag ohne Beispiel seit dem Beginn der Belagerung sei. Die Russen hätten das Feuer nicht sehr lebhaft erwidert. Marschall Dyana, der mit seinem Generalstab am Dienstag Dalny verlassen hat, leide persönlich die Operationen, die Flüchtlinge bestätigen hier umlaufende Gerüchte über den schlimmen Zustand der japanischen Flotte und erklären, daß die Vorräte an frischem Fleisch in Port Arthur erschöpft seien. Die Truppen erhielten noch gefalzene Fleisch, während die Nichtkombattanten hauptsächlich von Wehl, Hafer und Reis lebten.

Petersburg, 29. Juli. (B. Z. V.) Nach amtlicher Meldung aus Wladivostok wurde dort der beschlagnahmte Dampfer „Arabia“ eingebracht.

Washington, 29. Juli. (B. Z. V.) In hiesigen amtlichen Kreisen ist man der Meinung, daß die Versetzung von neutralen Schiffen in Widerspruch mit allen Grundsätzen des Völkerrechts stehe und nicht ohne scharfen Protest durchgelassen werden dürfe. Vertreter von Eigentümern der Ladung des „Knight Commander“ hatten heute mit dem Solicitor des Staatsdepartements Penfield eine Besprechung über Einreichung einer formellen Beschwerde bei der russischen Regierung.

Tanger, 29. Juli. (B. Z. V.) Die französischen Kreuzer „Meber“ und „Galilee“ sind hier eingetroffen.

Sofia, 29. Juli. (B. Z. V.) Gestern und in der letzten Nacht ist im ganzen Lande reichlicher Regen gefallen, wodurch die Ernte-Aussichten für Bohnen, Mais und Zuckerrüben bedeutend gebessert worden sind. Die Traubenernte verspricht eine besonders reiche zu werden.

Englisch-persischer Konflikt.

Tiflis, 29. Juli. (B. Z. V.) Tifliski Listok“ meldet: In den ersten Tagen des vorigen Monats hielten die Engländer ihre Flaggen auf den im Persischen Golf liegenden Inseln Abu Musa und Zumb, die zu Persien gehören und von denen die persische Regierung durch Verleumdungen mehrere Millionen jährlich gewann. Sobald der persische Premierminister Am-ed-Daulah von der Besitzergreifung Kenntnis erhielt, gab er telegraphischen Befehl, sofort die englischen Flaggen zu entfernen. Der Befehl wurde ausgeführt. Der Kriegsminister, der sich auf einer Reise befand, wurde, sobald er nach Teheran zurückkehrte, vom Schah in Audienz empfangen; wie es heißt, wurde der Minister damit beauftragt, eine Untersuchung anzustellen über den Stand und die Zahl der Truppen in der Provinz Khorasan. Wahrscheinlich befürchtet die persische Regierung eine Besetzung von Seistan durch die Engländer.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 29. Juli 1904.

Die Verstaatlichung der Hibernia.

Die Kurssteigerungen der Hibernia. — Kapitalvermehrungs-Beschluß des Aufsichtsrats. — Verstaatlichung der Hibernia. — Regierungsgründe. — Ministerielle Coulang auf Staatskosten. — Regierung und Kohlenyndikat.

Die im letzten Wochenbericht erwähnten Anläufe von Kohlenaktien, besonders von Aktien der Bergwerksgesellschaft Hibernia, an der Berliner Börse haben endlich ihre Erklärungen gefunden: Die preussische Regierung will die Hibernia verstaatlichen. Das ist die Lösung des eigenartigen Rätsels, das seit zwei Wochen die Kombinationskunst der Börse beschäftigt. Das in der Lage des Kohlenmarktes, der überall die Symptome einer starken Ermattung zeigt, das Motiv der Anläufe zu dem eigentlichen Zweck nicht gesucht werden könnte, ist schon im vorigen Wochenbericht dargelegt worden, und ebenso daß das an der Börse zirkulierende Gerücht, es handle sich lediglich um das Bestreben einiger rheinischer Großindustriellen, durch Erwerbung eines Teiles der Aktien von Konkurrenzunternehmen Zugang zu deren Verwaltung zu erlangen, in Betracht der Gesamtumstände, unter welchen sich die Anläufe vollzogen, als nicht stichhaltig erweist. So blieb schließlich, wie sehr auch einzelne der kolportierten Fiktionsprojekte sich als bloße Kombinationen der allzu geschäftigen Börsephantasie charakterisieren, nur die Annahme übrig, daß hinter den energisch fortgesetzten Anläufen neue industrielle Vereinigungspläne der Bankfinanz und einiger mit ihr koalitierten rheinischen Großindustriellen ständen.

Und diese Annahme erfährt anscheinend eine gewisse Bestätigung, als am Dienstag dieser Woche plötzlich in Berlin der Aufsichtsrat der Hibernia zu einer Sitzung zusammentrat und beschloß, zum 27. August nach Düsseldorf eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und dieser die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 1/2, also auf 60 Millionen Mark vorzuschlagen. Was konnte das bedeuten? An Mitteln fehlt es der Hibernia nicht; erst im vorigen Jahre erhöhte sie zum Ankauf der Sache Blumenthal ihr Aktienkapital um 11,8 und im Mai dieses Jahres wiederum um 2 1/2 Millionen Mark. Die Sachanlagen gelten als allen berechtigten Anforderungen entsprechend, und soweit Neuerungen erforderlich sein sollten, ließen sie sich leicht aus den vorhandenen Betriebsmitteln und laufenden Einnahmen decken. Die offizielle Mitteilung des Aufsichtsrates, daß die neuen 6 1/2 Millionen Mark zu dem Zweck bestimmt seien, die Sachanlagen „auf einer den Anforderungen des modernen Berg- und Maschinenbaues, insbesondere der Elektrotechnik entsprechenden Höhe zu halten“, ließ deshalb überall auf verschämtes Lächeln, zumal es in der offiziellen Ankündigung selbst hieß, daß vorläufig nur 25 Proz. der neuen Aktien eingezahlt werden sollten, die übrigen 75 Proz. erst im Laufe der nächsten Jahre, entsprechend dem Geldbedarf der Gesellschaft.

Zu solchem Zweck bedurfte es doch sicherlich nicht des plötzlichen Zusammentritts der Aufsichtsratsmitglieder und der schnellen Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre. Es mußte also die Verwaltung einen anderen Zweck verfolgen als den offiziell angekündigten, und welcher andre konnte das sein, als der, den erwähnten Fiktionsplänen ein Hindernis entgegenzustellen. Wahrscheinlich gehe, so meinte man, die Absicht der Verwaltung dahin, durch Vermehrung des Aktienkapitals die Bedeutung des von den Fiktionsprojekten erworbenen Aktienbesitzes in seinem Verhältnis zum Gesamt-Aktienkapital herabzusetzen. Die der Verwaltung nachstehenden Kreise kämen nämlich durch die Ausgabe der neuen Aktien, die längere Zeit in ihrem Besitze verbleiben würden — ein Bezugsrecht der Aktionäre sei schon deshalb ausgeschlossen, weil die neuen Aktien vorläufig nur mit 25 Proz. eingezahlt würden — in die Lage, eine ihnen nicht genehme Majoritätsbildung zu verhindern. Auf diese Erklärung verfiel denn auch tatsächlich fast die gesamte Presse. Ein Grund für die eigenartige Kombination mußte unbedingt vorhanden sein, und von allen was dieser entschieden der rationalste. Allerdings blieb immerhin noch vieles unklar, und als an den folgenden Tagen die systematischen Anläufe von Hibernia-Aktien durch die Dresdener Bank anhielten und vorgestern der Kurs, nachdem er in den letzten Wochen bereits um 25 Proz. gestiegen war, gleich bei Beginn der Börse wieder um ungefähr 6 Proz. über den Schlusskurs des Mittwochs einsetzte und im weiteren Verlaufe erneut 4 1/2 Proz. gewann, regten sich vielfach wieder Zweifel an der Richtigkeit der Deutung.

Jetzt ist das Rätsel gelöst: die Hibernia soll verstaatlicht werden. Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ meldet nämlich:

„Die uns authentisch mitgeteilt wird, beabsichtigt die Staatsregierung, der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Ferne ein Angebot für die Abtretung ihres Unternehmens gegen eine Rente von acht Prozent in dreiprozentigen Konjols zu machen. Das Angebot bezieht sich auf das gegenwärtige Aktienkapital von 53 1/2 Millionen. Das Angebot wird in der nächsten Nummer des „Reichs-Anzeigers“ erscheinen. Weitere Verstaatlichungen von Bergwerken sind nicht in Aussicht genommen.“

Als Grund für die Verstaatlichung will das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben:

„Die immer deutlicher hervortretenden Pläne der Konzentrations-Elemente, die seit Erneuerung des Syndikatsvertrages im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat zu ausschlaggebendem Einfluß emporklimmen, haben auch die preussische Regierung stutzig gemacht. Sie sah, wie diese Elemente die Majorität bei der Gelsenkirchener Gesellschaft an sich rissen. Sie sah ferner, wie die Daxener Gesellschaft Kammgüter und die Central-Altiengeseilschaft für Lanerei an sich brachte. Sie fühlte, daß der letzte Zweck all dieser Operationen eine Isolierung des Rixtus bedeutete. Aus diesen Beobachtungen und Erwägungen heraus erwuchs bei der Regierung die Ueberzeugung, daß sie sich nicht den letzten Trumpf, nämlich Hibernia, aus der Hand reißern lassen dürfe. Vor einiger Zeit, es mögen zwei Monate her sein, bei Gelegenheit eines nichtamtlichen Meinungsaustausches, fiel von Seiten der Regierung die unverbindliche — und nach unsrer Ansicht unvorsichtige Aeußerung, daß sich die Erwerbung von Hibernia für den Staat besonders eigne, weil deren Felder mit denen der Sache „Vereinigte Gläbber“ marschieren.“

Von ähnlichen Beweggründen läßt auch die meist in solchen Fragen offiziös inspirierte „Rheinische Zeitung“ die Regierung ausgehen; nur unterzieht sie außerdem der Regierung die Absicht, durch die Erwerbung der Hibernia Einfluß auf das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat zu gewinnen. „Nunmehr zeigt sich“, schreibt sie, „daß der Staat die Bergwerksgesellschaft Hibernia erwerben und auf diese Weise in dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat sich und Stimme gewinnen will. Das ist von der allergrößten Bedeutung nicht nur für die Aktionäre von Hibernia, sondern für den gesamten rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau, denn ähnlich wie beim Rati-Syndikat würde der Rixtus dadurch auch Einfluß auf die Politik des Kohlenyndikats gewinnen.“

Damach trägt also die Regierung eine gewisse Mitschuld an den Kurssteigerungen der letzten Wochen. Sie hat ihre Verstaatlichungsabsichten nicht genügend geheim zu halten verstanden. Die Folge war, daß diejenigen, die Kenntnis von diesen Absichten erlangt hatten, ihre Mitwisserschaft zum Anlauf der Hibernia-Aktien ausnützten und auf diese Weise sich einen beträchtlichen Gewinn sicherten, denn wenn man den heutigen Kurs der preussischen Konjols (60 Proz. der Berechnung zu Grunde legt, ergibt sich, daß die Regierung die Hibernia-Aktien mit 240 Proz.

bezahlen will, während sich der Kurs Ende Juni nur auf 206,20, am 10. Juli auf 210, am 20. Juli auf 215,80 und am 28. Juli auf 280 Proz. stellte. Außerdem verbleibt den Aktionären, da die Verstaatlichung erst am 1. Januar 1905 erfolgen soll, für das laufende Jahr die volle Dividende. Jedenfalls aber hätte die Regierung dann, als sie gewahrte, daß ihr Plan in gewisse Finanzkreise gedrungen war und von diesen zu Anläufen ausgenutzt wurde, dem Treiben Einhalt gebieten müssen, indem sie entweder ihre Absichten sofort veröffentlichte, oder aber, nachdem einmal ihr Plan verraten war, diesen wieder aufgab und dies offiziell ankündigte.

Aber auch der „Gegencoup“ des Aufsichtsrats der Hibernia erscheint nach dieser Aufhellung des bisher über die Angelegenheit schwebenden Dunkels in einem veränderten Licht. Daß die Kapitalvermehrung dazu bestimmt war, irgend welchen Fiktionsplänen vorzubeugen, ist nach den jetzigen Enthüllungen nicht mehr so wahrscheinlich als vormals. Zwar versichern alle kapitalistischen Blätter, daß die Herren vom Aufsichtsrat der Hibernia bisher keine Ahnung von dem Spiel hinter den Coulangen gehabt hätten. Wir halten aber für keineswegs ausgeschlossen, daß auch sie bei ihren Verbindungen mit den höchsten Kreisen davon gehört hatten, die Regierung trage sich mit Verstaatlichungsplänen, und daß sie in der Erwartung, die wohlwollende Regierung werde auch die neuangegebenen 6 1/2 Millionen Mark Aktien zu hohem Kurse mitübernehmen, noch schnell ein höchst profitables Extra-Geschäft zu machen gedachten.

Zu wünschen wäre, daß das preussische Abgeordnetenhaus der Regierung einen dicken Strich durch ihren Plan machte. Wir haben nichts gegen Verstaatlichungen der Bergwerke, halten sie sogar unter gewissen Bedingungen für notwendig; aber für derartige Verstaatlichungsprojekte, wie sie die obige offizielle Mitteilung des „Wolffschen Bureaus“ enthält, fehlt uns der erforderliche kapitalistische Prozentpatriotismus. Die Verstaatlichungen sollen nicht derart erfolgen, daß dabei für die Aktionäre und einen Teil der Großfinanz auf Kosten der Staatskasse fette Extra-Dividenzen abfallen. Es mag ja im kapitalistischen Sinne von einem vornehmen Wohlwollen zeugen, daß die Regierung die Hibernia-Aktien zu einem Kurs ankaufen will, den diese unseres Wissens bisher nie erreicht haben, auch nicht in den Zeiten der vergangenen Hochkonjunktur; aber wir haben für solche ministerielle Coulang auf Kosten der Steuerzahler nun einmal nicht das nötige feine Verständnis.

Leider ist bei der Zusammenfassung des preussischen Dreiklassen-Parlamentes kaum daran zu denken, daß die Regierung mit ihrem Projekt, wenn sie sich ernstlich für dessen Annahme einsetzt, scheitern wird, trotzdem der Ankauf der Regierung über 142 Millionen Mark Konjols kosten wird, ungerichtet das Anteilkapital der Hibernia im Betrage von über 15,2 Millionen Mark. Die Verstaatlichung ist ganz darauf angelegt, die Verstaatlichung den im Abgeordnetenhaus sitzenden maßgebenden Parteien schmachhaft zu machen; denn danach ist der Zweck der Erwerbung, der in der Kohlenindustrie hervortretenden Konzentrations-tendenzen Halt zu gebieten und zugleich, da die Hibernia die drückerste der am Kohlenyndikat beteiligten Bergwerksgesellschaften ist, der Regierung einen gewissen Einfluß auf das Kohlenyndikat zu sichern. Diese Motivierung ist zwar unklar, aber sie hat Methode und ist vortrefflich geeignet, den Verstaatlichungsplan naiven Seelen plausibel und annehmbar zu machen.

Es ist geradezu einfüßig zu glauben, daß die Regierung nach ihrem bisherigen Verhalten dem Kohlenyndikat gegenüber und nach ihrer Stellungnahme zu den Fiktionsplänen im Ruhrrevier nun plötzlich das dringende Bedürfnis verspürt, der Preis- und Abjapolitik des Kohlenyndikats entgegenzuwirken, und daß zur Verhinderung dieses so plötzlich erwachten Bedürfnisses sich ihr kein andres Mittel bietet als die Erwerbung der Hibernia, um damit einige Stimmen im Kohlenyndikat zu gewinnen. Ist es der Regierung darum zu tun, die monopolistischen Geleise des Kohlenyndikats zu brechen, so findet sie andre Wege, z. B. die Verlegung entsprechender Kartellverträge im Reichstage, oder, falls sie diesen Weg nicht beschreiten will, eine scharfe Konkurrenz des staatlichen gegen den privaten Grubenbetrieb. Auch die sofortige Inangriffnahme weiterer Schachtbauten auf dem ausgedehnten staatlichen Kohlenfeldbesitz käme in Betracht. Bisher sind aber die staatlichen Kohlengruben mit dem Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat und der Ober-schlesischen Kohlenkonvention einträchtig Hand in Hand gegangen, nicht nur was die Preispolitik und die Härte der Lieferungsbedingungen, sondern auch was die väterliche Besorgtheit um das irdische und himmlische Wohl der Bergarbeiter anbelangt. Die Enthüllungen des St. Johanner Prozesses über die auf den saarabischen Staatsgruben betriebenen Praktiken liefern dafür unanfechtbare Beweise.

An diese Beurteilung der Verstaatlichung kann und auch die Abweisung nicht irren machen, welche das Projekt im Reichstage, der „Rhein.-Westf. Zig.“ erfährt. Man fürchtet, daß der Verstaatlichung der Hibernia das die anderer Bergwerksgesellschaften folgen könnte, und die Verengung ihrer Interessen- und Exploitationsphäre ist den rheinischen Großindustriellen unbedeuten.

Partei-Nachrichten.

Ein braver Parteigenosse, der Tischlermeister Wilh. Grothe-Halle, der auch den älteren Berliner Parteigenossen von seiner hiesigen Tätigkeit bekannt, schied Donnerstag vormittag durch einen Schlaganfall aus den Reihen der Lebenden. Unser Genosse war längere Zeit in einem Berliner Kreise Vertrauensmann und kandidierte in den Jahren 1881 und 1884 im fünften Berliner Wahlkreise zum Reichstage. Als Tischlergehilfe wurde er im Juli 1884 durch das Schandgesetz von Berlin in die Verbannung getrieben und mancherlei Verfolgungen hatte er durch seine aufopfernde Parteithätigkeit zu ertragen. Nach mehrfachen Mahnungen gründete er sich eine kleine Existenz als Gastwirt. Bei der letzten Reichstagswahl kandidierte er unter den schwächsten Verhältnissen in dem schwarzen Wahlkreise Mansfeld-Gleibitz, wo er über 9000 Stimmen auf sich vereinigte, während bei der vorangegangenen Wahl nur 2000 Stimmen für unsere Partei abgegeben waren. Die Verfolgung nach der Reichstagswahl brachte es mit sich, daß unser Genosse wegen angeblicher Beleidigung des Vorstehers der Mansfelder Gewerkschaft zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Unser Genosse nahm alle Leiden, die er als Parteimitglied zu tragen hatte, geduldig auf sich, und die Partei hat in Grothe einen Mann mit lauterem und reinem Charakter verloren.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Duisburg-Mülheim haben mit dem 1. Juli d. J. einen sozialdemokratischen Verein für den ganzen Wahlkreis gegründet. Durch diese Centralisation soll zu-lünftig die Agitation wirksamer gefördert werden wie bisher.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste.

Achtung! Arbeiter! Parteigenossen, Gewerkschaften! Vereine! Achtet bei den morgenden Ausflügen nach außerhalb genau auf die Lokalliste vom 3. Juli, welche nicht nur in denjenigen Lokalen, welche ihre Säle der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. zur Verfügung stellen.

Heute abend veranstaltet der Gesangverein „Obersee“ eine Mondscheinfahrt nach Restaurant Rapphäuser in Nieder-Schönebeck. Wir machen die Beteiligten darauf aufmerksam, daß obiges Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung steht; bitte dieses daher zu beachten. Die Lokal-Kommission.

Erster Wahlkreis (Haus-Viertel). Sonnabend, den 30. Juli, findet in den Sprechsalen, Kirchstraße 3, ein Sommerfest statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Tegel, Montag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr findet in B. Trapps Festsaal, Bahnhofstraße, eine Vollsver-sammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Eduard Bernstein über die innere und äußere Politik referieren wird. — Handzettelverteilung findet Sonntag früh statt.

Lokales.

Eine Verührung mit der Polizei

gilt vielen Leuten als nicht sehr verlockend. Nicht bloß solche, die etwas auf dem Kerbholz haben, sondern auch andre, sehr tabellöse Leute halten es oft für das Beste, der Polizei aus dem Wege zu gehen. Sie binden mit keinem Schuttmann an, wenn sie glauben, daß er im Unrecht sei, sie leisten ihm aber andererseits auch keinen Beistand, wenn sie sehen, daß er in Ausübung seines Berufes bedrängt wird. Das erstere ist der Polizei gerade recht, das letztere wird von ihr beklagt — aber wer kann das!

In Rixdorf sind in einer der letzten Nächte ein paar Männer, von denen wir noch nicht wissen, ob wir sie für mutig oder für unklug halten sollen, der Polizei nicht aus dem Wege gegangen. Die Herren hatten in der Kaiser Friedrichstraße Gelegenheit, zu beobachten, wie ein älterer Mann, ein Radler, der ohne Laterne fuhr, mit einem Schuttmann in Verührung kam. Der Schuttmann trat aus dem Schatten eines Baumes auf den Straßendamm und richtete an den Radler in dem kräftigen Ton, den die Polizei liebt, die Aufforderung: „Steden Sie Ihre Lampe an!“ Der Radler, der wohl noch nie mit einem Schuttmann zu thun gehabt hatte oder vielleicht gar angeheitert war, fragte ganz gemächlich: „Warum?“ Dabei wollte er um den Schuttmann, der ihm den Weg verperrte, herumfahren und absteigen, aber schon griff der Hüter des Gefeches nach ihm — und plötzlich lagen Rad und Radler auf dem Straßenpflaster. Die Mutigen oder Unklugen, die das mit-anjahen, gingen nicht ihres Weges, sondern traten an den Radler, der anfangs wie bewußlos dalag, heran und übernahmen dann die dem Schuttmann zukommende Aufgabe, dem Gestürzten aufzuhelfen. Da sie meinten, daß für den Sturz der Schuttmann verantwortlich sei, so machten sie diesem Vorhaltungen, und zwar in dem bescheidenen Ton, der einem ordnungsliebenden Bürger ziemt. Der Schuttmann antwortete, natürlich wieder so kräftig, wie es das Recht und die Gewohnheit eines Schuttmannes ist. Man solle ihn nicht in der Ausübung seiner Amtsgewalt stören, sagte er. Dabei rüde er zweien der Herren ein bißchen sehr nahe auf den Leib. Da aber dem einen eine so enge Verührung mit der Polizei beim doch nicht behagte, so stellte er dem Schuttmann für den Wiederholungsfall Unangenehmes in Aussicht. Jetzt besann sich der Schuttmann, daß er ja auch dem Mutigen gegenüber eine Amtsgewalt habe, und lud ihn nachdrücklich ein, mit zur Wache zu kommen. Aber, gewiß doch! dachte der andre und ging mit. Seine Begleiter wollten sich an dem Spaziergang beteiligen, um dem Arrestanten auf der Wache zur Seite zu stehen, aber dort lehnte man ihren Besuch dankend ab, und so mußte der Arrestant sehen, wie er allein mit den Schuttleuten fertig wurde.

Die beteiligten Herren sind keine Arbeiter, sondern gehören der bemittelten Gesellschafts-kategorie an. Sie sind empört über den Schuttmann und haben, wie wir hören, an die Rixdorfer Polizeidirektion eine Beschwerde gerichtet, in der sie ihrer Auffassung dieses Vorfalles deutlichen Ausdruck geben. Wir wollen wünschen, daß nicht der Schuttmann und mit ihm die Polizeidirektion eine andre Auffassung hat. Wenn doch, so dürfte es nächsten wieder ein paar Leute mehr geben, die es für das Beste halten, künftig einer Verührung mit der Polizei aus dem Wege zu gehen.

Wenn man mit den Behörden unsrer Stadtgemeinde zu thun kriegt, dann darf man sich auf mancherlei Konfusion gefaßt machen. Die meisten Leute beurteilen den Magistrat und seine Verwaltungstätigkeit so, wie wenn sie eine einzelne Person vor sich hätten, die ihr ganzes Arbeitsgebiet zu jeder Zeit überschauen und dementsprechend ihre Anordnungen treffen kann. Das ist natürlich unmöglich, und zwar das von einem Magistrat und seinen zahlreichen Verwaltungsbureaus erwartet, der thut ihm ebenso unrecht, wie etwa der vielförsigen Redaktion eines großen Blattes, von der ja ebenfalls manche Leser verlangen, daß in ihr jeder einzelne jeder der Hunderte von Einsendungen, die hier täglich einlaufen, genau lenne und jederzeit im Gedächtnis habe. Manchmal leisten aber die Bureaus unsrer Gemeindeverwaltung an Konfusion doch mehr, als man einer geordneten Verwaltungsführung zutrauen sollte.

Die Geschichte mit den 177 M., die man einem Inossen von Dalldorf abnahm und die nachher keine der in Betracht kommenden Verwaltungen in Verührung genommen haben wollte, haben wir erzählt. Nachdem der „Vorwärts“ den endgültig ablehnenden Bescheid der Armen-direktion veröffentlicht hatte, wurden die Nachforschungen neu aufgenommen und das Geld wurde gefunden. Erinnern werden sich unse Leser auch noch an die andre, gleichfalls von uns mitgeteilte Geschichte von dem Mann, der dem Friedrichshain-Stranthenhaus für seine dort aufgenommene Frau Vor-schub zahlte und nach dem bald erfolgten Tode der Frau einen noch nicht ausgebrauchten Betrag herausgezahlt bekam, aber trotzdem hinterher vom Kosteneinzahlungsbureau aufgefodert wurde, weiteren Vorschub zu leisten, weil Fortsetzung der Kur notwendig geworden sei. Heute berichtet uns ein in der Wasserstraße wohnender Leser über dasselbe Stranthenhaus, daß für ein 9 Tage hindurch dort behandeltes Kind am Tage nach der Entlassung 18 M. bezahlt wurden, daß aber trotzdem 12 Tage nach Zahlungseistung noch eine Mahnung der Armen-direktion kam, die in üblicher Weise mit Wahlrechtsverlust drohte. Der Brief der Armen-direktion war freilich, wie das Datum ergab, schon 6 Tage vor der Zustellung niedergeschrieben, aber das war immer noch 6 Tage nach Zahlungseistung. Der Gemahnte sandte noch an dem Tage, wo die Mahnung kam, Beschwerde an die Armen-direktion, aber nichtbestimmte stellte sich 2 Tage darauf ein Beamter ein, der die Mahnung mündlich wiederholte. Es wurde ihm deutlich gemacht, daß man sich solche Verhältnisse verbitte.

Natürlich traf die Schuld nicht diesen Eendboten, sondern das ganze System. In den Bureaus unsrer Gemeinde-Verwaltung dauert es immer ein bißchen lange, ehe eine Nachricht an ihre Stelle gelangt. Was thut, wenn erkrankte Stranthenhauspatienten oder ihre Angehörigen durch unberechtigte Mahnung bedrängt werden? Uebrigens sind schon Dinge vorgekommen, die noch viel schlimmer waren. Für eine geisteskranke Frau, die 40 Jahre in städtischer Irrenpflege war, wurde erst 10 Jahre lang vom Mann und nach dessen Tod 30 Jahre lang von den Kindern an die Armen-direktion gezahlt. Als die Frau in Dalldorf starb, suchte man dort nur von der Existenz des Mannes, während die Armen-direktion die Adressen der Kinder hatte. Die Todesnachricht ging an den vor 30 Jahren verstorbenen Mann, kam unbestellbar zurück — und die Frau wurde ohne Wissen der Kinder beerdigt.

Der Magistrat hat heute beschlossen, dem Antrage auf Eingemeindung des in der Verlängerung der Dreigewerke liegenden, jetzt zu Pankow gehörigen Dreigewerke Grundstück von Pankow nach Berlin zu entsprechen. Außerdem erledigte der Magistrat noch verschiedene weitere Verwaltungsaufgaben.

„Wider die Pfaffenherrschafft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Das Buch zur Ausgabe gelangte 16. Heft bringt die Fortsetzung des 9. Kapitels, in dem der Verfasser u. a. behandelt: Die Ketzerei. — Kommunistischer Grundton der mittelalterlichen Ketzerei. — Kreuzzug gegen die Ketzerei. — „Schlagt alles tot, der Herr erkennt die Samen!“ — Fünfhundert Lebnidigkeitsbilder. — Die erste kommunistische Revolution im Abendlande. — Von den zahlreichen Illustrationen erwähnen wir das Flugblatt gegen die keizerlichen Juden: Der Hofjüdenraub in Passau im Jahre 1495. Daneben zahlreiche Bilder aus jener Zeit der Ketzereifolgungen, die namentlich die greulichen Nachtmittel des Papsttums darstellen, mit deren Hilfe die Ketzerei unterdrückt werden sollte. Jedes Heft des Werkes kostet 20 Pfennig. Die bereits erschienenen Hefte werden nachgeliefert. Jede Parteibuchhandlung sowie die Parteipostreure liefern die Hefte; in Berlin werden Bestellungen von den Parteipostreuren und jedem sonstigen Zeitungs-Spediteur entgegen genommen.

Ein umherirrender Knabe wurde am Donnerstagnachmittag um 4 Uhr im Tiergarten von einem Schulmann, der ihn längere Zeit beobachtet hatte, angehalten. Der Knabe, der anscheinend aus Oesterreich stammt, wurde zunächst nach der Tiergartenwache gebracht. Dort fand man einen Zettel folgenden Inhalts bei ihm: „D. Kultur Kaiserlich Deutschland. Adol. Willeiboll in Barmherzig Volk. Wirt klein innig empfinden, daß der einer dieses Kind auffindet d. h. bei dem immer es sein werde. Das Kind ist ruhig, ernst und geschweidter Ruhe. 5 Jahre alt. Das Kind trägt Müd mit sich, auch glücklich wird derjenige sein, der sich seiner annehmen wird. G. H. G.“ Der Knabe, der eine Geldtasche mit 1,15 M. bei sich trug, wurde dem Waisenhaus in der Alten Jakobstraße überwiesen, wo er täglich zwischen 8—3 Uhr rekonvalesziert werden kann. Angaben bezüglich der Herkunft des Kindes und über etwa am 26. im Tiergarten gemachte Wahrnehmungen nimmt jedes Polizei-Büro sowie die Kriminal-Polizei Zimmer 244 zu 8907 IV. 27. 04. entgegen.

Von einem Maschinenrad gequetscht wurde gestern nachmittag im „Glyf“ in der Panitzstraße der 32 Jahre alte Arbeiter Hermann Jäger aus der Neuen Hochstraße 33. Als vierter hatte er ein 8 Centner schweres Transmissionsrad zu rollen und glitt dabei aus, so daß ihm die Last auf den Leib fiel. Obgleich er sofort befreit wurde, waren ihm Brust und Arme zerquetscht. Ein Lächlicher Wagen brachte ihn bewußtlos nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus. Es besteht wenig Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens.

Schon wieder ein Kindesmord! Am Donnerstagnachmittag um 6 Uhr wurde im Landwehrkanal treibend die Leiche eines Kindes bemerkt und vor dem Hause Kotlitzer Ufer 58 gelandet. Der einige Tage alte Knabe zeigt an der rechten Halsseite Schnittwunden und ist von kräftigem Körperbau. Allem Anschein nach wurde das Kind gewaltsam um das Leben gebracht und dann in das Wasser geworfen. Die behördlichen Ermittlungen sind im Gange.

Das Wasser der Spree befindet sich jetzt, nachdem es noch einmal gefallen, wieder in langsamem Steigen. Die Schiffsahrt bei Eckern ist, nachdem die Ausbaggerungsarbeiten dortselbst beendet sind, nunmehr gesichert, wenngleich größere Zillen nur mit verringertem Ladung die Durchfahrt an der Brücke zu passieren vermögen. Durch den vorgestern niedergelassenen wolkenbruchartigen Regen wurden der Spree bedeutende verunreinigte Wassermengen zugeführt. Da bei dem niedrigen Wasserstande die Strömung außerordentlich gering ist — sie beträgt in den Spreekanaln kaum einen Meter in der Minute — hat sich auf der Oberfläche, so beispielsweise auf dem Landwehrkanal, eine förmliche Schlammfahne gebildet, die die Verbindung des Wassers mit Sauerstoff erschwert und so dem Fischbestand im höchsten Maße verhängnisvoll geworden ist. Tausende von Fischen bedeckten heute morgen die Oberfläche des Wassers, und die meisten der Tiere besaßen sich bereits im Absterben. Es ist leider zu befürchten, daß der ohnehin schon geringe Fischbestand in der Spree innerhalb des Berliner Reichsbildes durch die neue Katastrophe fast vollständig vernichtet ist.

An einem Straßenzug anhängt hat sich der 59jährige frühere Kohlenhändler Johann Wirsch aus der Auguststraße 47a am Donnerstagsmorgen. Er hatte bis vor 4 Jahren ein größeres Kohlengeschäft in der Gartenstraße, hatte aber das Unglück, daß ihm von seinen 6 Pferden in einem Jahre 4 eingingen. Diesen Verlust konnte er nicht ausbilden und richtete sich in der Auguststraße einen kleineren Kohlenhandel ein. Auch hier hatte er kein Glück und setzte sein Vermögen von 1200 M. zu. Seitdem nahm er Arbeit an, wie sie sich bot, war aber seit drei Monaten ohne Verdienst, weil er einen infolge eines Bruches verkrüppelten Fuß hat. Mittwoch begab er sich auf die Suche nach Arbeit und lehrte nicht zurück. Donnerstags früh fand ihn ein Schuttmann in der Solterstraße, einer einsamen Gegend, an einem Bretterzahn hängend tot auf.

Die Leiche eines 45 Jahre alten Mannes wurde gestern früh im Tager Da des Forstes Grunewald an einem Baum hängend aufgefunden. Der 1,70 Meter große Mann hat dunkles, kurz geschnittenes Haar und einen dunklen Schnurrbart. Die Wäsche ist teils R., teils G. gezeichnet.

Eine Liebesgeschichte liegt anscheinend dem Sprung in die Spree zu Grunde, den ein junges Mädchen von dem Dampfer „Friedrich Wilhelm“ an der Schillingbrücke unternahm. Die Betroffene ist im Krankenhaus am Friedrichshain zum Lazarettbewußtsein gekommen und als die 25 Jahre alte Verkäuferin Marie Studemont, die aus Jastron in Frankreich stammt und bei dem Postunterbeamten Kramer in der Fallhadenstraße 42 wohnte, festgesetzt worden. Die näheren Angaben über das Verhängnis fehlen noch.

Aus der Haft entlassen wurde der Handelsmann Otto Gabriel, der vor vierzehn Tagen einen gewissen Hermann Grünfeld anlässlich eines Strafenkontrats derartig durch einen Messerstich verletzt hatte, daß er seiner Verletzung erlag. Gabriel, der mit Schlächtermessern handelt und ein Galet mit Messern in der betreffenden Nacht mit sich führte, hatte den verhängnisvollen Stoß erst geführt, nachdem Grünfeld einen Revolverstich auf ihn abgefeuert hatte. Bei seiner Verhaftung, der er sich in keiner Weise zu entziehen suchte, erklärte Gabriel, daß er nur in der K o t t e r gehandelt habe. Da er nunmehr aus der Haft entlassen worden ist, hat offenbar der Untersuchungsrichter diese Darstellung als begründet angesehen.

Zu besonderer Vorsicht mahnt ein Krankheitsfall, der gegenwärtig im St. Hedwigs-Krankenhaus zur Behandlung vorliegt. Dortselbst wurde vor einigen Tagen das 27 Jahre alte Dienstmädchen Minna K. mit einer schweren Blutvergiftung am rechten Arm eingeliefert. Die K., die in der jüdischen Altersversorgungsanstalt in der Großen Hamburgerstraße in Stellung war, hatte beobachtet, wie ein Hausdiener an seinem Arm eine Tätowierung vornahm, und forderte ihn auf, eine derartige Prozedur auch an ihr vorzunehmen. Aus Scherz schmierte der Hausdiener dem Mädchen etwas Farbe auf den Arm, ohne dieselbe jedoch in die Haut einzustechen. Später versuchte die K. die Farbe mit Wismutstein zu entfernen und rieb sich hierbei die Haut wund. Bald danach empfand das Mädchen Schmerzen, ließ diese jedoch unbeachtet und ließ mehrere Tage mit unverbundenem Arm umher. Schließlich schloß der Oberarm, dann auch der Unterarm stark an, und ein nunmehr hinzugezogener Arzt stellte eine bereits weit vorgeschrittene Blutvergiftung fest, die eine sofortige Operation erforderlich machte. Er veranlaßte die Ueberführung der K. nach dem katholischen Krankenhaus.

Von einem Zuge überfahren und getötet wurde am 23. d. M. abends 10^{1/2} Uhr auf der Bahnstrecke Berlin—Magdeburg zwischen Bude 53 und 54 ein Mann, dessen Identität bisher nicht festgestellt werden konnte. Der Unbekannte ist 30—40 Jahre alt, von mittlerer Statur, hat dunkelblondes Haar, rötlichen Schnurrbart und kurzen rötlichen Vollbart. Er trug graugestreifte Zeughosen, blaugraue Weste, ein schwarzes Jackett mit kleinen grauen Streifen, eine defekte Schiffermütze, Zylinderhut und ein graumelirtes Hemd. Zweckdienliche Mitteilungen zur Feststellung der Identität des Unbekannten können

mündlich oder schriftlich beim Polizeipräsidenten oder jedem Polizeirevier zum Aktzeichen 6028 IV/27. 04. gemacht werden.

Eine Einbrecherbande, welche namentlich Ladengeschäfte, Schanklokale und Verkaufsbuden heimsuchte, wurde von der Niddorfer Kriminalpolizei festgenommen. Anführer der aus halbwüchsigen Burschen bestehenden Bande war der in Verbrochereisen unter dem Spitznamen „Kartosen-Rax“ bekannte Seemann Rax Rembach. Die Verhafteten haben bereits zahlreiche Einbruchsdiebstahle eingestanden.

Feuerbericht. In der vorletzten Nacht wurde die Feuerwehre nach der verlängerten Schönebergerstr. 150 gerufen, wo um 3 Uhr Pechlohen in Flammen standen. Während der Nacht blieb eine Brandwache mit einer Schlauchleitung an der Brandstelle zurück. Fast gleichzeitig brannten in der Köpenickerstr. 110 in einem Keller Federn und andres. Ferner kam auf dem Kohlenlagerplatz von Friedländer in der Görlicherstr. 21 am Bahnhof Feuer aus, das auf den Platz beschränkt werden konnte. Gasgummischläuche und andres wurden in der Dresdenerstr. 88 ein Raub der Flammen und Gardinen usw. in der Hufschmiedstr. 23/24. In der Kottbuserstr. 25 brannten außerdem Betteln, Kisten u. a., und in der Müllerstr. 170 Kohlen u. a.

Das 13. große Sängersfest des Arbeiter-Sängerbundes findet am Sonntag, den 7. August, in Friedrichshagen statt. Da diese Vereinigung sich seit Jahren einer großen Beliebtheit in allen Kreisen der Arbeiterschaft erfreut, so ist wohl anzunehmen, daß, wie alljährlich, auch in diesem Jahre wieder viele Tausende nach den prächtigen Ufern des Müggelsees pilgern werden, um den brausenden Massen-Chören des Bundes zu lauschen. Diese Chöre werden schon seit Monaten von den Sängern eifrig studiert, und erst zum Vortrag gebracht zu werden. Der instrumentale Teil des Programms wird ebenfalls nur von tüchtigsten Kräften ausgeführt. Drei große Kapellen sind vorgezogen. Auch haben die Köpenicker Gesangsvereine wie im Vorjahre einen Sängersfestzug von Köpenick nach dem Festplatz (Müggelsee) arrangiert. Die Vereine werden speziell darauf hingewiesen, dem an ihnen liegt es, den Festzug zu einer großen und imposanten Kundgebung zu gestalten. Das Konzert beginnt schon früh 8 Uhr. Das Müggelseelöcher und Strandlocher mit angrenzendem Walde bieten herrliche Abwechslung. Durch Vereinbarungen mit den Dampfergesellschaften „Stern“ und „Rahm“ u. dergl. wird die Beförderung eine geregelte und schnelle sein. Von morgens früh 7 Uhr fahren Dampfer je nach Bedarf nach dem Festort für den Preis von 35 Pf. bei der „Stern“-Gesellschaft, Abfahrt Hamowitzbrücke und Schlesisches Thor, und 30 Pf. bei „Rahm“ u. dergl. Abfahrt Waisenbrücke. Schulfahrer sind frei. Die Arrangements sind vom Vorstande so getroffen, daß einem jeden Teilnehmer eine angenehme und abwechslungsreiche Unterhaltung geboten wird. Siehe heutige Annonce.

Arbeiter-Bildungsschule. Zu der morgen, 31. Juli, stattfindenden Zillensfahrt nach Neue Wühle sind heute abend noch Billets in beschränkter Zahl bei H o r s c h, Engel-Ufer 15, zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Pantow. Eine Vergrößerung des hiesigen Wasserwerkes ist in Aussicht genommen und wird demnächst die Gemeinde-Vertretung beschäftigen. Wenn auch eine solche Vorlage nicht überaus wichtig ist — ist doch der Güterbahnhof Pantow jetzt an die Wasserleitung angeschlossen, der eine große Quantität benötigt, welche dem Fiskus mit 12 Pf. pro Kubikmeter angerechnet werden, während andre Abnehmer 15 Pf. zahlen müssen — so muß man sich doch wundern, daß die maßgebende Person, Dezentent Hann, bei der seinerzeit vorgenommenen Herabsetzung des Wasserpreises mit großer Ruhe erklärte, daß das Wasserwerk aus Jahre hinaus den Bedürfnissen entspreche. Nach kaum sechs Monaten verlangt die königliche Versuchsanstalt, welche fortlaufend das Wasser untersucht, eine Vergrößerung der Enteisungs-Filter und eine Vermehrung der Tiefbrunnen. — Das Projekt, ein Krankenhaus zu erbauen, ist nach sechsjähriger Ruhe durch den Gemeindevertreter Prof. Mendel der Vergessenheit entzogen worden. Eine Vorbesprechung hat bereits stattgefunden. Der Platz, auf welchem das Krankenhaus erbaut werden soll, ist auch schon sechs Monaten vorhanden. Leider scheint jedoch bei den bürgerlichen Vertretern noch wie vor eine Abneigung gegen das Projekt vorhanden zu sein, denn nach dem einleitenden Referat des Prof. Mendel, in welchem auch die peluniäre Seite beleuchtet wurde, mußte er sich durch den Vertreter Stenger sagen lassen, daß er, Prof. Mendel, wohl selbst nicht an das glaube, was er sage. Wir fürchten, daß in einer Zeit, in welcher man mit allen Mitteln in Pantow danach strebt, Denkmäler zu errichten, leider kein Geld für die Erbauung von Krankenhäusern übrig sein wird.

Lichtenberg. In die Krankenhausbaufrage am Orte greift nun von neuem der Kreislandrat ein. Bekanntlich ist der Anlauf eines geeigneten Grundstücks hintangehalten worden durch einen Antrag aus den Reihen der Bürgerlichen, mit Rummelsburg — von dem jedes Kind weiß, daß es ein Krankenhaus hat — zu verhandeln, auch sollte Friedrichsfelde aufgegeben werden, sich über die Bildung eines Zweckverbandes zu äußern. Inzwischen sollen Staat und Kreis zur Beteiligung an den Kosten aufgefordert werden. Mit dieser „Obstruktion“ ist die beabsichtigte Verschleppung erreicht und es steht zu befürchten, daß auch das erneute Eingreifen des Landrats nichts Wesentliches ändern wird, bis die Betreffenden sich einigen haben, wer sein Land an die Gemeinde so teuer wie möglich loszulassen darf. Bis dahin werden die Lichtenberger Arbeiter als Kranke von einem überfüllten Krankenhaus in Berlin zum andern gejagt, ohne Aufnahme zu finden. Gerabegzu fandalöse Zustände!

Niddorf. Ein tiefbetäubender Unfall ereignete sich heute nachmittag 3^{1/2} Uhr hier selbst im Hause Hermannstraße 232. Das 3^{1/2} Jahre alte Tochterchen des Drochsenfuchers Th. Sprotte lehnte sich spielend zu weit aus dem Fenster der 2 Treppen hoch gelegenen eiserne Wohnung, so daß eine ältere Frau dem Kinde zurief, dies zu unterlassen. 2 Minuten darauf stürzte es kopfüber auf das Straßengestühl, wo es mit zerstücktem Schädel liegen blieb. Der in der Nähe wohnende Arzt Dr. Vorchardt konstatierte Schädelbruch und zweifelt an dem Wiederauftreten des Kindes. Der Vater des Kindes war nicht zu Hause.

Der gestrige Regen hat in Charlottenburg große Verwüstungen angerichtet. Die Fluten, die vom Spandauer Berg herunter kamen, haben die Pflastersteine und Schienen zum Teil freigelegt. Der Kies zwischen den Steinen ist weggeschwemmt. Die Straßenbahn mußte zeitweilig den Betrieb dort einstellen. Fußhoch standen die Straßen längere Zeit unter Wasser. Am schlimmsten hat das Wasser am Neuen Fürstenbrunnen Weg gehaust. Die meterbreiten und tiefen Spalten an den Böschungen des Friedhofes der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche erzeugten unter den Straßenpassanten allgemeines Entsetzen. Eine an der Leichter Eisenbahn liegende Kunst- und Handlungsgärtnerei war gestern abend noch fußhoch überflutet und verlandet. Die Straße ist mit dem abgeschwemmten Sande bedeckt. An den Böschungen der früheren Hindernis-Rennbahn in Charlottenburg haben sich große Spalten und Einschnitte gebildet, die sehr bedauerlich sind. Ein 50 Meter langer Drahtzaun ist vollständig unterwaschen. Die Pfähle des Gitters sind freigelegt und in die Klüfte, die mehrere Meter breit ist, gerätet. Bemerkenswert ist dabei, daß der Regen nur einen Zoll tief in den Erdboden eingedrungen ist, und daß heute der Sand dort genau so trocken ist, wie vorher. Ein Beweis, daß der Regen nicht in den Boden eingedrungen ist, sondern dort abgefließen ist. Der Neue Fürstenbrunnen Weg hat nach dem Regen nur mit Mühe passiert werden können. Auch im Grunewald bei Pichelsbergen hat der Regen Schaden verursacht und Wege überflutet.

Ober-Schöneweide. In der Angelegenheit des vom Amte suspendierten Gemeindevorstehers Edardt hat das Disziplinargericht auf Entfremung aus dem Amte erkannt mit vier Fünftel der Pension.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. Juli, vorm. 8^{1/2} Uhr, in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10^{1/2} Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn C. Vogtger. — Steitin: Ludwig Feuerbach zu seinem 100. Geburtstag. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen! Heute, Sonnabendabend 8^{1/2} Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 183 (Mosenhale Thor): Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabg. G. Wollenbuhr. Vorträge zum Kongress event. Delegiertenwahl.

Vermischtes.

Großfeuer in Petersburg. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Petersburg vom 27. Juli: Gestern brannte in der Vorstadt Däta das große Kavelwerk von Felten u. Gnilaume ab. Der Schaden beträgt über 2^{1/2} Millionen. Die Fabrik hatte große Bestellungen auf Rinnenleitungen für das Kriegsarsenal und die Marine, die jetzt unausführbar sind, da außer dem Kesselhause alles vernichtet ist.

Waldrände in Schweden. Kristiania, 28. Juli. Zwischen den Stationen Krelling und Stollenborg wüdet ein großer Waldbrand. Bis heute abend war eine 6 Kilometer lange und 3 Kilometer breite Fläche vernichtet, doch dehnt sich das Feuer noch aus. Von der Station Käl gingen 400 Mann Militär an die Brandstelle ab. Der Wassermangel ist so groß, daß es den Löschmannschaften an Trinkwasser fehlt. Auch aus andern Gegenden Norwegens werden große Waldbrände gemeldet.

München. Der Trambahnverkehr über die Mittelsbacher Rotbrücke ist wieder freigegeben worden. Die beobachtete Senkung der Rotbrücke hat sich als völlig belanglos herausgestellt.

Salzburg. Ein mit zwei deutschen Offizieren besetzter Militärballon aus München landete bei Moos in Folge Platzens der Ballonhülle. Die Offiziere sind unverletzt.

Triest. Von dem amerikanischen Geschwader wurden drei weitere Maktosen, die an Typhus erkrankten, in das hiesige Spital gebracht.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, Alexandrinerstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 10^{1/2} bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 509 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Sitzung haben Sonnabend:

Deutscher Arbeiterverein Bräuel. Verkehrs- und Vereinslokal Maison du peuple.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und der Umgegend. Kenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Kretschmar, Berlin, Putzstraße 44, IV. — „Bühler“, Penning, Putzstraße 25. — „Freie Alliance“, Friedrich, Drontheimerstr. 16. — „Guter Zug“, Ruhr, Stargarderstr. 81. — „Wilde Rose“, Seibert, Neu-Weihensee, Lichtenbergerstr. 15. — „Kugler I“, Dillenderger, Zimmerstr. 59. — „Denkblätter“, Zimmer, Lortzingstr. 32. — „Fortuna“, Lehmann, Stolpbrück-Räderdorf. — „Alter Stamm I“, Jenzel, Kottbuserstr. 31. — „Havana II“, Godglück, Kottbuserstr. 31. — „Guter Tabak“, Berg, Teltow, Jellendorferstr. 4. — „Glocke auf“, Grewie, Köpenickerstr. 19. — „Blütenbusch“, Fiedler, Göttemannstr. 8. — „Weichselstr. I“, Kottbuserstr. 17. — „Kaiser“, Tumlal, Köpenickerstr. 16. — „Pappel“, Dahn, Buchholzerstr. 1. — „Kommune“, Appell, Pringens-Allee 38. — „Gemütslicht V“, Bier, Gennidendorfer, Kirchplatz. — „Havana I“, Flug, Niddorf, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf“, Doye, Müllerstr. 32a. — „Einigkeit III“, Genge, Herzogstr. 56. — „Berolina“, Rüblich, Teltow, Hoher Steinweg 41 (alle 14 Tage). — „Grüne Rose“, Rube, Friedenstr. 91. — „Hoffnung“, Quast, Neu-Weihensee, Charlottenburgerstr. 105. — „Einsiedler“, Riemler, Neu-Weihensee, Wilhelmstr. 2. — „Grüne Elbe II“, Berg, Niddorf, Knebelstr. 135. — „Waldmeister“, Barck, Lössdorf. — „Gemütslicht VI“, Knobloch, Charlottenburg, Bülowstr. 23. — „Nordpol“, Friedl, Magstr. 130. — „Verfloppelte Pflanze“, Lohrer, Wilmstr. 59.

Arbeiter-Kameradschaft „Solidarität“. Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Hühner, Berlin NW, Waldstr. 8. „Arbeiter-Kameradschaft“, Hühnerstr. 2, nach dem 1. und 15. Gutenberg-Platz 13. — „Vorwärts“, Rauen, jeden Sonnabend nach dem 1. Schäferhaus. — „Frei Weg“, Saarmund, jeden Sonnabend nach dem 15. bei Hildebrandt. — „Wanderer“, Trebbin, jeden Sonnabend nach dem 15. in Löwendorf. — „Arbeiter-Kameradschaft“, Marienfelde und Umgegend, nach dem 1. und 15. Berlinerstr. 48. — „Frei Weg“, Drowitz, jeden dritten Sonnabend bei Puhlmann. — „Arbeiter-Kameradschaft“, Erntner nach dem 1. und 15. in Brodts Gesellschaftshaus. — „Jahr wohl“, Jänidendorf, vor dem 1. und 15. im Galtthof zur Wiesenbahn. — „Frisch auf“, Marwitz bei Belten, nach dem 15. bei Schurbaum. — „Hoffnung“, Neu-Hittau, nach dem 1. bei Witz König. — „Oberpree“, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 4 bei Komm. — „Vorwärts“, Schwinia, jeden letzten Sonnabend bei Jul. Wille. — „Vorwärts“, Stamcu, jeden ersten Sonnabend bei Lente. — „Wanderer“, Sommerfeld, vor dem 1. im Kurfürstentempel. — „Arbeiter-Kameradschaft“, Spremberg, jeden ersten Sonnabend im Gesellschaftshaus.

Arbeiter-Kameradschaft „Freiheit“. Geschäftsstelle bei F. Riehr, Weinstr. 3, I. „Glocke auf 1900“, F. Schmidt, Kamler- und Schweinmünderstrassen-Ecke.

Arbeiter-Turnerbund. Turno. „Fichte“, Berlin, abds. 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 2. Männer-Abt. Boehdstr. 17/20. — 7. Männer-Abt. Reichsbergerstr. 131—132. — 8. Männer-Abt. Höchste-straße 36/37. — 2. Lehrlings-Abt. Schallerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abt. Siemensstr. 20 (Woblib). — 5. Lehrlings-Abt. Kiderstr. 67. — „Freie Turnerschaft „Johannisthal“ abds. 8—10 Uhr Senfbleien. — Turnerschaft d. V. „Arens“ (gegründet 1882), 1. Lehrlings-Abt. 8—10 Uhr abds. Manteuffelstr. 7. — Turn-Abteilung des Arbeitervereins „Vorwärts“, 6—8 Uhr Schäfer-Abteilung; 8—10 Uhr Männer- und Lehrlings-Abteilung; Wiersdorf, Wollteins Luftgarten.

Gesellige Vereine. „Stafklub „Kaiserslöcher“, Stenzel, Schwedterstraße 32.

Verein ehemaliger Gütergüter zur Bekämpfung der Tuberkulose tagt jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. des Monats im Ruppertshaus, Kaiser Wilhelmstr. 15M.

Briefkasten der Redaktion.

Ed. Cohn. 1. Darüber entscheidet der Parteitag. 2. m. h. — Julius. Persönliche Angelegenheiten können im Briefkasten nicht erörtert werden. — W. B. W. Wir empfehlen keine Karte. Wenden Sie sich an Ihre Berufsorganisation; soweit uns bekannt, erhalten Sie durch dieselbe in diesem Falle einen Arzt gestellt. — A. G. 50. Ja, von 1873 bis 1878. — R. Köstler. Adressieren Sie nur an das deutsche Konsulat in Chicago, Illinois. — H. R. 100. Breslau 422 738, Schützen 4 688 857, somit ohne Breslau 4 246 119, Groß-Berlin 2 112 540. — M. 16. 1.—3. Wenden Sie sich an eine der im Adressbuch verzeichneten Motorfahrzeug-Fabriken, dort erhalten Sie jedenfalls nähere Auskunft. — A. V. W. 369. Parteifrage. Im allgemeinen ist in solchen Fällen doch nach dem Wunsche der betreffenden Spender zu verfahren. — F. G. 100. Ueber die Realität dieser Sache sind wir nicht unterrichtet. Vorbehalt im allgemeinen geboten. — F. 2. 100. Acht Stunden. — Spandau 100. Blahsch, Dresdenstr. 13. Sprechzeit 11—12. Das weitere erfahren Sie dort. — G. B. 100. Fragen dieser Art haben doch zu wenig allgemeines Interesse, um im Briefkasten Erledigung zu finden. Dem dortigen Institut anfragen. — G. R. 85. 1. Uns nicht bekannt. Fragen Sie dort an bei Schumachermeisterhaber, Ludwigstraße. 2. Kämpferschaft. — Nr. 78. 1 gm 7280 gcm. — Lehmann, Salgelestraße. Wir stehen mit den Werken nicht in Verbindung und können somit Ihre Frage leider nicht beantworten. — Max. R. 28. Zu den Ferienkolonien hat die Stadt Berlin im Jahre 1903 aus der „Lohnst-Sala-Sitzung“ beigetragen: 4250 M. zur Einbringung von 38 Kindern nach Bultrow und von 40 Kindern nach Eldenburg; 750 M. zur Unterbringung von 8 Kindern zum Ausgehensnach in Salzburg; 405 M. zur Beschaffung fehlender Kleidung usw. für Ferienkolonien-Kinder. In andern Jahren waren die Beträge ungefähr ebenso. — P. B. 22. Versuchen Sie es mit einer Fortbildungsschule. Hätten Sie Ihre Wohnung angegeben, so könnten wir Ihnen die für Sie nächste Schule nennen. — G. R. Weberstr. 14. Kein Gemeindefiskus hat ein „Arbeits“ auf freien Unterricht in höheren Lehranstalten, selbst beim begabtesten Kind hängt das von der Gnade der Schulverwaltung ab. Wenden Sie sich zunächst an den Rektor.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. — R. 2. 2. Sie sind ersatzpflichtig. — Voede, G. 2. 6. Rein. — Th. 1. 1. Vielleicht. 2. und 3. Das ist unmöglich. 4. Die Schanzengasse ist nicht wegen bestimmter Delikte, sondern dann zu verweigern, wenn gegen den nachstehenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme

rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Böhmer, des verbotenen Spiels, der Schererei oder der Unfruchtbarkeit mißbrauchen werde. Solche Thaten können in nicht strafbaren Handlungen oder Unterlassungen erblich werden und umgekehrt braucht nicht jede Bestrafung wegen Eigentumsvergehens, Sittlichkeitsdelicts usw. als ausreichend zur Konzeptionsverlangung erachtet werden. Es ist von Fall zu Fall zu entscheiden. — 2. Streitende. Die Pflicht ist zur Eintragung des Voralles berechtigt. Nur gegen ein wahrheitswidriges Zeugnis hat eine Klage Aussicht auf Erfolg. — 3. 50. Gegen die Ausweisung aus einem preussischen Ort, die wegen vermeintlich gemeingefährlicher Thaten erfolgt, ist das Verwaltungsrecht-Verfahren zulässig. Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts kommt es nicht auf die Länge der erkannten Strafe, sondern auf die vermeintliche Gemeingefährlichkeit an. — M. S. 1904. Jeder Ort hat das Vergnügen

besonderer Polizeiverordnungen. Das Baden im Freien mögen die meisten Orte in der Nähe Berlins als strafwürdig kennzeichnen. — M. S. Ober-Schöneweide. 1. Reiz: die Erfordernisse für die Gemeindegeld-Berechtigung in Preußen sind von uns wiederholt ausführlich dargestellt. Aus der in allen öffentlichen Bibliotheken erhältlichen Städte-Ordnung und Landgemeinde-Ordnung können Sie sich informieren. 2. Größe. Auch geographische Bücher finden Sie in den öffentlichen Bibliotheken; deren Studium ist lediglich zu empfehlen. — 3. 2. Schliemannstraße. In Frankreich besteht Tabakverbot. Für das Regal eingeführter Tabak, verarbeitet oder nicht verarbeitet, ist frei. Die Einfuhrung für Privatrechnung ist verboten. Zulässig ist die Einfuhrung verarbeiteten Tabaks für den persönlichen Gebrauch der Einführenden bis zu 10 Kilogramm pro Kopf und Jahr unter Verbot des Wiederverkaufs

und unter Vorbehalt der Genehmigung seitens der Verwaltung und der Ausstellung eines Begleitscheines, welcher mangels der Einlösung die nochmalige Zahlung des Einfuhrzolls als Strafe gewährleistet. Der Einfuhrzoll für 1 Kilogramm Cigarren oder Cigaretten beträgt 36 M. Es sind demnach 72 M. pro Kilogramm zu erlegen, von denen die Hälfte nach Erfüllung der oben dargelegten Voraussetzungen zurückerstattet wird. Ob außerdem in der einen oder anderen Gemeinde noch ein Octroi (Stadtzoll) erhoben wird, können Sie durch Anfrage bei der Municipalverwaltung feststellen. — Max 22. Die Deirat mit der Schwester seiner Witwe ist gesetzlich nicht verboten, dürfte aber auf praktische Schwierigkeiten stoßen. Sie meinen wohl, ob Sie die Schwester Ihrer verstorbenen Frau, also Ihre Schwägerin, heiraten dürfen. Wenn die Schwägerin einverstanden und unverheiratet ist: ja. — W. G.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Förster, Rixdorf, Steinmetz-Strasse 103:

➔ Versammlung. ➔

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Mietzke** über: „Die Alkoholfrage und die moderne Arbeiterbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 147/7

Kollegen! Wegen der ganz besonderen Wichtigkeit dieses Themas ist recht zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Mittwoch, den 3. August, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen die

Bezirks-Vertrauensmänner-Sitzungen

statt. Für den Osten bei Schulz, Blumenstr. 33. Südosten und Rixdorf bei Witz, Skalitzerstr. 59. Norden bei Maas, Brunnenstr. 96. Weissensee bei Garb, König-Chaussee 55. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Nur Dampferpartie, Sonntag, den 31. Juli, sind noch Billets bei allen Zahlstellenbesitzern sowie beim Vorstehenden zu haben. — Abfahrt morgens punkt 7 Uhr von Zannowbrücke, 7 1/2 Uhr vom Schleißchen Thor. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise.

Heute, Sonnabend, den 30. Juli, im Elysium, Landsberger Allee 40/41:

➔ Sommer-Fest ➔

Konzert & Gesang „Freie Liedertafel“, Mitglied des A.-S.-B.)

Spezialitäten-Vorstellung.

Harburger Sänger. Kasperle-Theater. Kinder-Belastigungen.

Im Saal: ➔ **Grosser Ball.** ➔

Teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach. Die Kaffeeküche ist von 3-6 Uhr geöffnet. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Eröffnung 3 Uhr nachmittags. Anfang 4 Uhr nachmittags. Eintritt a Person 25 Pf. Billets auf den Zahlstellen und bei allen Bezirksführern. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen lieben Freunden und Genossen, welche mich zum 50. Geburtstag durch Aufmerksamkeiten aller Art, weit über mein Verdienst, erkrant haben, muß ich auf diesem Wege herzlich danken, da die Fülle der mir zu teil gewordenen Wünsche eine Einzelerwiderung leider ausschließt. 56872 Leopold Liepmann.

Socialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am 27. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schuhmacher **Ludwig Erdmann**, Saarbrückerstr. 10. 288/8

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee, Falkenberger Chaussee, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 248/3 Der Vorstand.

Central-Verband der Glaser Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Mitglieder!

Sonnabend, den 30. Juli 1904, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: **Unsre Forderungen.**

Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Einlass. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Es ist Ehrensache jedes Verbandsmitgliedes, in dieser wichtigen Versammlung anwesend zu sein. Die Bauhandwerker werden ersucht, namentlich auf den Bauen der Berorte die Glaser auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Der Vorstand. J. A. C. Jahn, Vorsitzender.

Charlottenburg.

Sonntag, 31. Juli, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:

Großes Volksfest

zum Besten des Volkshauses

unter Mitwirk. d. Kraft- u. Artistenvereins Teutonia sowie mehrerer Arbeiter-Gesangvereine.

Gr. Garten-Konzert. Kinder-Packelzug-4 Kegelbahnen.

In den Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billet 25 Pf. Kinder frei. 303/16

Am Sonntag, den 31. Juli:

Drei grosse Dampfer-Extra-Fahrten nach Wendenschloss,

verbunden mit Rundfahrt auf dem Langen See. Abfahrt 8 1/2, 1 und 5 Uhr von der Stralauer Brücke-Waisenbrücke. Fahrpreis einfach 40, hin und zurück 75 Pfennig.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Verwaltung Berlin E.

Sonntag, 31. Juli, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Herrn Raabe, Stolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1904. 2. Stellungnahme zu der am 11. September 1904 stattfindenden General-Versammlung in Leipzig und Wahl eines Delegierten. 3. Kassen-Angelegenheiten und Verschiedenes. 188/8

➔ Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstagabend verstarb unser altes Mitglied **Hermann Driese** (Zahlstelle Roabit). Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sankt-Nikolaus-Kirchhofes in Weihensee aus statt. Regere Beteiligung erwartet. 257/19 Der Vorstand.

Dank, herzlichen Dank!

Allen Freunden, Kollegen und werthen Frauen für die überaus herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen **Hermann**. Dank den Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission, des Verbandes der Stukkateure, des Verbandes der Handwerker und Transportarbeiter, der Filialen Leipzig, Bellen und Reutahagen. Besonders Dank dem werthen Genossen **Kassini** für seine trostreichen Worte am Sarge, sowie für den stimmungsvollen Gesang der Genossen vom Verein „Norddeutsche Schiffe“. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Hugo John**. 288

Danksgiving.

Den Parteigenossen des 543. Bezirks, besonders der Parteifraktion von **Rufschke** und den Botenfrauen sagen wir für die Gratulation und herzlichste Wünsche zu unserer **silbernen Hochzeit** unseren besten Dank. 56902 **Albert Siebert u. Fran.**

Von der Reise zurückgekehrt **Dr. Silberstein**, 315 Rixdorf, Berlinerstr. 93.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 31. Juli 1904, mittags 12 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c (grosser Saal, oben):

Öffentliche Gummiarbeiter-Versammlung für Berlin und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Unser Tarif und die Antwort der Arbeitgeber. Referent: Kollege **C. Bruns**. 2. Diskussion. 64/8

Das Erscheinen aller Gummiarbeiter und Arbeiterinnen wird erwartet. Der Einberufer.

Sonntag, den 31. Juli, mittags 1 Uhr, bei H. Gorgas, Neue Prinz Albersstr. 70/71:

Reederei Nobiling.

Morgen Sonntag: **Zwiebusch, Extrafahrt mit Berliner-Schweiz Gosener Berge.**

Abfahrt von Zannowbrücke (Schultheiß Garten) früh 8 1/2 Uhr und nachmittags 2 Uhr. Rückfahrt 1/8 und 10 Uhr. Preis für Hin- und Rückfahrt 1 M. Kinder 50 Pf. Einfache Fahrt 50 Pf. Es ladet erachtet ein **Hermann Gärtner**, Inhaber u. Begründer.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“.

Touren zum Sonntag, den 31. Juli:

1. 2. und 3. Abteilung: Früh 7 Uhr nach Zossen. Mittags 1 Uhr nach Seebad (Zeltow). Beide Statts Steuorhaus Kreuzberg.

4. und 5. Abteilung: Früh 6 Uhr Werlesoo (Eckner). Mittags 1 Uhr Hosenwinkel. Beide Statts Androssplatz.

6. und 7. Abteilung: Früh 7 Uhr Oranienburg. Mittags 1 Uhr Birkenwerder. Beide Statts Badstr. 9, Thulmann.

8. Abteilung: Früh 6 Uhr Buckow (Märkische Schweiz). Statts Waldstr. 8 bei Fischer.

Nur 15 Pf. die Dampferfahrt wochentags vorm. 9 1/2 Uhr nach Seebad und Restaurant **Müggelwerder** von der Michael-Brücke. 515* Reberei Seebad.

Wichtig! Tischler!

Tüchtige Tischler a. Innenausbau u. g. Möbel können einer Genossenschaft beitreten. Gefl. Off. unter K. T. 201, Postamt 27.

Öffentliche Versammlung für Rummelsburg und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Katzenstein** über: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Einberufer.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Rittenwalderstr. 30, n. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fris, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — Viertes Wahlkreis O.: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Roabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolpeburg, Wiesenstr. 41/42. — Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Raschke, Hagenstr. 24, vorn part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — Alt-Glienicker: B. Pries, Rudowstr. 68. — Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sechshämmerstr. 1, Ecke Goethestr. — Deutsch-Wilmersdorf: B. Rißel, Berlinerstr. 130, III. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen: Otto Seiffel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — Grünau: G. Pfiel, Königstr. 1. — Rixdorf: R. Heinrich, Brigg Handwerkerstr. 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-Schöneweide: Otto Wanger, Döhlstr. 1a, 2 Treppen. — Nieder-Schöneweide: Donatowski, Berlinerstr. 8. — Johannisthal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Paul Schmidt, Bismarckstr. 7 II. — Königs-Wusterhausen: D. Diebe, Schuhmacher. — Köpenick: Friedrich Boitz, Grünstr. 29. — Friedenan-Steglitz: D. Bernier, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rohr, Döppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — Baumschulenweg: Stos, Ernststr. 2 II. — Treptow: R. Boigt, Eilenstr. 37, vorn III I. — Neu-Weissensee: S. Roste, Gählerstr. 46, part. — Rummelsburg: Rotgerber, Prinz Albersstr. 5a. — Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — Pankow: R. Kummert, Florastr. 43. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden. Bestellungen n. Nach, tadell. Ausf. Werkstatt im Hause. **J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.** Direkt am Alexanderplatz.

Dr. Simmel, Prizonen-Str. 41, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. [13/5]

Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei **Aug. Tauchert**, Gastwirt, Müggelheimerstr. 4. 5797*

Kinderwagen

neut hochlegant unverwundlich und beispieslos billig, weil direkt v. der ältesten, größten altsächsischen Kinderwagenfabrik **J. Trethar, Grimma 134** Mein-Katalog-Dein-Ratgeber. Sage beim Katalogverlangen, ob gegen Bar mit 10%, Rabatt, od. bequeme Teilzahl. gewünscht.

Arbeiter - Radfahrer - Bund „Solidarität“

Sitz Frankfurt am Main, Schleusenstrasse 11.

Es sind in letzter Zeit in mehreren Blättern Inserate erschienen, in welchen zum Beitritt zu dem sogenannten Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit“ aufgefordert wird. Der unterzeichnete Vorstand des 1896 gegründeten und jetzt 21 000 Mitglieder zählenden Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ erklärt hierdurch, daß er mit diesem Bund „Freiheit“ in keiner Beziehung steht und daß der Bund „Freiheit“ zu einer Täuschung und Verführung des Publikums Anlaß giebt, indem derselbe ein Abzeichen gewährt hat, welches dem unsren ähnlich und von Uneingeweihten für das unsrige gehalten werden kann, sowie dadurch, daß die Einrichtungen des Bundes „Freiheit“ samt und sonders aus dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ entnommen resp. diesem nachgeahmt sind. Daß aber der neugebildete Bund „Freiheit“ das halten kann, was er in den Inseraten anpreist, ist direkt zu verneinen. Die Mitgliederzahl dieses Bundes dürfte 150 nicht übersteigen. Es ergibt dies bei einem Beitrag pro Mitglied und Monat von 20 Pf. die horrenden Einnahme von 30 R. im Monat. Und von dieser gewaltigen Einnahme soll Unfallsunterstützung von 6-9 M. pro Woche gezahlt werden. Es dürfte damit die Unmöglichkeit erwiesen sein, daß der Bund seine Versprechungen halten kann.

Wir warnen die Arbeiter-Radfahrer allerorts, auf diese falschen Vorspiegelungen hereinzufallen und, fordern auf zum Beitritt in den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, welcher 1896 gegründet, heute 21 000 Mitglieder zählt, im Jahre 1903 einen Umsatz von 42 890,59 M. und hatte in derselben Zeit 5014,30 R. an Unfallsunterstützung an seine Mitglieder zur Auszahlung gebracht. 13/13*

Die Geschäftsleitung.
Philipp Nitsch. Heinrich Sachs.

Enorm billig

empfehlen für Herren jeden Standes unsere, in gediegenster Massenschneiderarbeit, nur modernem, letzter Saison zurückgesetzten vornehmen Herren.

Anzüge

aus feinsten Massstoffen.

Jackett-Anzüge . . . Masspreis bis 60 M., jetzt 18-40 M.
Gehrock-Anzüge . . . Masspreis bis 75 M., jetzt 23-43 M.
Sommer-Paletots . . . Masspreis bis 50 M., jetzt 18-40 M.
Herren-Hosen . . . Masspreis bis 24 M., jetzt 7-14 M.

Sonntag 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Deutsches Versandhaus

Jägerstrasse 63, nur 1 Treppe, Ecke Friedrichstrasse.

Sonnabend, 30. Juli, 9 1/2 Uhr, von der Michael-Brücke: Große Dampfer-Mondschein-Fahrt mit Musik (Sommermaxiball) nach Seebad Müggelwerder. 50 Pf. mit Rückfahrt.

Nathan Wand,

129 Skalitzerstr. 129. Die Schönsten 5832*

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge

in neu, sowie speziell Monats-Garderobe von Kanalleren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauch anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,

129 Skalitzerstr. 129. Goshbahnstation Kottbuscherthor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131. Größtes Special-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte. Lager in Schirmen und Mützen. [56672*

Gewerkschaftliches.

Wichtiges vom Vereinsgesetz.

(Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einer großen Fabrik sind keine öffentlichen Angelegenheiten.)

In Breslau, im Lokal von Weisse, fand am 1. November 1903 eine von etwa 400 bis 500 Arbeitern der an 1000 Arbeiter beschäftigten Maschinenbauanstalt „Breslau“ statt, welche nicht der Polizei angemeldet worden war. Man verhandelte über die Abzüge von den Recordlöhnen der Dreher dieser Fabrik und darüber, wie die vielen Überstunden in der Fabrik abzuschaffen seien. Die Staatsanwaltschaft sah gleich der Polizei diese Angelegenheiten als „öffentliche“ Angelegenheiten im Sinne des § 1 des preussischen Vereinsgesetzes an und veranlaßte ein Strafverfahren wegen Verletzung dieses Paragraphen, weil die darin vorgeschriebene polizeiliche Anmeldung nicht erfolgt sei. Angelagt wurden der Verhandlungsleiter Schloffer Max Nordhufe vom Metallarbeiter-Verband als Einberufer und Leiter, der Bezirksleiter Friedrich Schlegel und der Gärtler Schumacher als Redner. In erster Instanz wurden auch die Angeklagten zu Geldstrafen von je 15 M. verurteilt, das Landgericht Breslau sprach sie auf ihre Berufung hin jedoch frei. Begründend wurde unter anderem ausgeführt: Es stehe fest, daß nur Arbeiter der Maschinenbauanstalt Breslau eingeladen worden seien und daß am Saaleingang aufgestellte Kontrolleure dafür Sorge zu tragen hatten, daß nur solche Arbeiter Einlaß erhielten. Allerdings sei der Personenkreis, dessen wirtschaftliche Lage Gegenstand der Erörterung sein sollte und in Wirklichkeit auch blieb, ein verhältnismäßig großer gewesen, da es sich um die Arbeiter eines der größten Establishments Breslaus handelte; und es sei auch möglich, daß Veränderungen in der Lage dieses Personenkreises eine allgemeinere Bedeutung haben könnten. Trotzdem seien die Angelegenheiten, die der Besprechung unterliegen sollten und unterlagen, als öffentliche im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes nicht zu bezeichnen. Entscheidend sei, daß es sich nur um die Angelegenheiten der Arbeiter dieser einen bestimmten Fabrik handelte; tatsächlich habe auf Beschluß der Versammlung eine Deputation mit der Fabrikleitung verhandelt und auch einen für die Arbeiter günstigen Erfolg erzielt. Es gehe nicht an, dem Gegenstande der Verhandlung einen öffentlichen Charakter gemäß § 1 des Gesetzes zuzumessen, nur weil mehrere hundert Personen anwesend und direkt beteiligt waren. Soweit für die Begriffsbestimmung der „öffentlichen“ Angelegenheiten die Art des Interessentenkreises in Betracht komme, werde man unter öffentliche Angelegenheiten nur die rechnen können, die einzelne Berufs-Klassen betreffen, die dem Gemeinwesen eingeordnet seien und auf diese Weise direkt die allgemeinen Interessen desselben, d. h. das gesamte öffentliche Interesse berühren. So würden z. B. darunter fallen die Gegenstände des Agitationsgramms der socialdemokratischen Partei, die Lohnverhältnisse der deutschen Maurer in ihrer Gesamtheit, die allgemeinen Sachangelegenheiten einer Arbeiterklasse usw. Die Angelegenheiten der Arbeiter einer einzelnen Fabrik, eines einzelnen Establishments könnten niemals als „öffentliche Angelegenheiten“ bezeichnet werden. Auch vorliegend sei nicht die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten anzunehmen. Daß Nordhufe Verhandlungsleiter des Metallarbeiter-Verbandes und Schlegel Bezirksleiter des Gewerkschafts ist, erachte das Gericht für unerheblich. Sie seien nicht als solche aufgetreten, wenn diese Eigenschaften auch der innere Grund gewesen sein möge.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Vor dem Kammergericht waren die Angeklagten in der mündlichen Verhandlung durch Rechtsanwalt Dr. Behrend und (Schumacher) durch Rechtsanwalt Rosenberg vertreten.

Das Kammergericht verworft die Revision der Staatsanwaltschaft, indem es das entscheidende Gewicht auf die Feststellung legte, daß die Versammlung nur für die, wenn auch zahlreichen Arbeiter einer Fabrik bestimmt gewesen sei und daß lediglich deren eigene Angelegenheiten verhandelt werden sollten und auch verhandelt wurden.

Berlin und Umgegend.

Zur Bewegung der Bildhauer. Die am Donnerstag abgehaltene Generalversammlung der Berliner Mitgliedschaft beschloß, Streikunterstützung zu gewähren an 26 Kollegen, welche bei der Firma Pfaff die Arbeit niederlegten, weil der Direktor wegen eingetretener Lohnminderungen nicht mit den Vertretern der Organisation unterhandeln wollte. Ferner nahm die Versammlung den Rechenschaftsbericht für das 2. Quartal entgegen. Die Lokalkasse verzeichnet eine Einnahme von 3995,70 M., eine Ausgabe von 1210,90 M., und einen Bestand von 784,80 M. Die Streikliste hatte am Schluß des vorigen Quartals einen Bestand von 6431,20 M., im 2. Quartal wurden eingenommen 660,70 M., ausgegeben 73 M., so daß ein Bestand von 7018,90 M. bleibt. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Quartals von 1030 auf 1151 gestiegen. In ganz Deutschland hat der Verein 4500 Mitglieder, damit ist der Stand der Mitgliederzahl, welcher vor der Krise vorhanden war, wieder erreicht. Als Redatoren wurden Weiland und Edart gewählt.

Kummere lam die Haltung zur Sprache, welche die Tischler-Innung und die Vereinigung der Holzindustriellen zu den Vereinbarungen einnimmt, auf Grund deren der Streik der Holzbildhauer beigelegt worden ist. Bekanntlich sind diese Vereinbarungen seiner Zeit abgeschlossen zwischen der Streikleitung einerseits und den Bildhauer-Prinzipalen sowie Vertretern der Tischler-Innung und der Vereinigung der Holzindustriellen andererseits. Die Vertreter der beiden letztgenannten Korporationen hatten sich ausdrücklich verpflichtet, die Annahme der Vertragsbedingungen durch die von ihnen vertretenden Körperschaften zu betreiben. Im Vertrauen auf diese Zusicherung nahmen die Streikenden den Vertrag an, der ihnen eine Lohnerhöhung von 5 Proz. in allen Berliner Betrieben zusicherte. Nachdem die Arbeit wieder aufgenommen war und die Bildhauer glaubten, es sei nunmehr alles geregelt, erhielt ihre Lohnkommission eine Einladung zu einer nochmaligen Besprechung mit der Kommission der Arbeitgeber. Bei dieser Besprechung wurden die Bildhauer durch die Mitteilung überrascht, daß die Verhandlungen der Tischler-Innung und der Vereinigung der Holzindustriellen nicht willens sind, das zu halten, was ihre Vertreter mit der Lohnkommission der Bildhauer vereinbart haben. Sie wollen nämlich die generelle Lohnerhöhung von 5 Proz. in ganz Berlin nicht zugestehen, denn sie meinen, in den Betrieben, wo die Bildhauer keine Forderungen stellten, könne auch keine Lohnerhöhung beansprucht werden. Gegen „berechtigte“ Forderungen, die sich im Rahmen des Vertrages bewegen, hätten sie nichts einzunehmen. So die Grenze der berechtigten Forderung liegt, bleibt jedoch zweifelhaft. Noch einen andern Punkt des Vertrages wollen die genannten Korporationen nicht anerkennen, nämlich den, daß bei schlechtem Geschäftsgang eine Verkürzung der Arbeitszeit in Erwägung genommen wird. Damit ist der Vertrag, soweit die Tischler-Innung und die Vereinigung der Holzindustriellen in Frage kommt, hinfällig, und die Situation ist für die Bildhauer wieder genau so, wie sie vor dem Streik war, das heißt, die Arbeitnehmer sind nicht mehr an den Vertrag gebunden und können ihre Forderungen, wie es ihnen gut dünkt, durchsetzen. Die Bildhauer-Prinzipale wählten der genannten Kommissionsverhandlung als schweigende Teilnehmer bei, sie eßen sich nicht auf den Standpunkt

der Innung und der Holzindustriellen. Die Taktik, welche die Bildhauer gegenüber angesichts der veränderten Situation einzuschlagen denken, soll in einer Branchenversammlung der Holzbildhauer noch besprochen werden.

Streik der Formner bei der Firma Schwarzkopff. Gestern haben sämtliche Formner der Schwarzkopffischen Fabrik (Werk Scheringstraße) die Arbeit niedergelegt. Die Ursache des Ausstandes ist folgende: Seit längerer Zeit bestanden in dem Werk gröbliche Mißstände verschiedenster Art, die sich die Formner als schwer angestrengte qualifizierte Arbeiter unmöglich länger gefallen lassen konnten. So mußten sie unter andern vielfach eine bis eineinhalb Stunden nach Feierabend zum Warten in der Fabrik bleiben. Sie wählten deshalb eine Kommission, die bei der Fabrikleitung wegen Beseitigung der Mißstände vorstellig wurde. Die Firma machte auch einige belanglose Zugeständnisse, entließ aber gleich darauf ohne jeden Grund ein Kommissions-Mitglied. Zu dieser offensichtlichen Maßregelung ihres Beauftragten konnten die Formner aus Gründen der Kollegialität nicht schweigen. Ihr enklaster Kollege hatte nichts weiter getan, als die Wünsche und Beschwerden seiner Mitarbeiter vorgebracht, sowie es von der Werkleitung stets empfohlen war. Da er trotzdem gemahregelt wurde, so entstand bei den Formnern die sehr begründete Befürchtung, daß auch andre Kollegen, die zur Uebermittlung von Beschwerden irgendwelcher Art delegiert würden, bei ersterer Gelegenheit in ähnlicher Weise auf Pfahler gesetzt werden könnten. Was dem einen heute passierte, könnte dem andern morgen passieren. Die übrigen Kommissionsmitglieder wurden daher von ihren Kollegen nochmals beauftragt, bei der Werkleitung vorstellig zu werden, und außer der Abstellung der Hauptmißstände auch die Wiedereinstellung des Entlassenen zu fordern. Diese Forderung lehnte die Firma ab. Es traten daher sämtliche Formner in den Ausstand. Wie groß die Erbitterung der Formner über die Maßregelung und die verweigerte Wiedereinstellung ihres Kollegen war, beweist am besten der Umstand, daß Leute, die bis zu 25 Jahren bei der Firma gearbeitet haben, einmütig mit ihren jüngeren Kollegen zusammen den Betrieb verließen. Der Metallarbeiter-Verband, dem die Streikenden angehören, ersucht die Formner allerorts, von dem Streik Rottz zu nehmen und die Fabrik der Firma Schwarzkopff bis auf weiteres zu meiden.

Achtung, Korbmacher! Laut Beschluß der letzten Branchenversammlung vom 25. Juli im Gewerkschaftshaus ist der Arbeitsnachweis der Berliner Korbmacher-Innung gesperrt worden. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, den Arbeitsnachweis und das Nachsehen in Berlin streng zu vermeiden. Unser Arbeitsnachweis ist im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, eine Treppe, Zimmer 11. — Es werden alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Die ausgesperrten Bauarbeiter in Mitteldeutschland verlassen jetzt in Massen das Aussperrungsgebiet. Am Mittwochabend um 10 Uhr marschierte eine etwa 300 Mann zählende Abteilung vom Gewerkschaftshaus in Frankfurt a./M. nach dem Bahnhof, um mit dem 11 Uhr 16 Minuten vom Hauptbahnhof abfahrenden Zuge nach dem Rheinlande abzusammeln. Auch aus den übrigen Aussperrungsstellen ziehen die Leute fort, wobei ihnen die günstige Konjunktur, die im Rheinlande herrscht, zu gute kommt. — Auch die Erd- und Bauhilfsarbeiter haben jetzt den Unternehmern ihre Forderungen zugestellt. In einer Versammlung, die am Dienstagabend stattfand, wurden die von der Streikleitung vorgeschlagenen Lohn- und Arbeitsbedingungen nach einem Referat des Genossen Wächelmann gutgeheißen. Es wird für alle Bauhilfsarbeiter, die das 17. Lebensjahr überschritten haben, 10 Pf. weniger Stundenlohn verlangt, als der Lohnsatz der Maurer beträgt. Die Arbeitszeit soll derjenigen der Maurer und Zimmerer angepaßt werden.

Charakteristisch für die Verhältnisse im Aussperrungsgebiet ist, daß die Leute anderwärts höhere Löhne erhalten als im Rhein- gebiet. Des Erfolg der Aussperrung dürfte also sein, daß eine größere Anzahl Unverheirateter von ihnen in das verlassene Arbeitsverhältnis überhaupt nicht mehr zurückkehren, so daß die Herren Unternehmer wohl oder übel schon des von ihnen selbst verursachten Arbeitsmangels wegen höhere Löhne bewilligen müssen.

Die Arbeiter der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. in Leverkusen bei Elberfeld haben die erprechte Unterschrift unter die verlangte Versicherung mit wenigen Ausnahmen gegeben, sofort hinterher aber eine Versammlung abgehalten und einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Die heutige Versammlung der Schloffer, Dreher und Klempner der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. zu Leverkusen spricht sich dahin aus: Die Miß- und Uebelstände, wie sie geschildert worden sind, sind trotz der gegenteiligen Behauptung der Fabrikleitung vorhanden. Die heutige Versammlung verpflichtet, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß vor allen Dingen die Lohn- verhältnisse gebessert und die Behandlung eine andre werde. Die Wohlfahrtseinrichtungen sind nur eine Fessel. Das Prämienystem ist abzuschaffen, wenn es weiter wie bisher rechtlich unwirksam ist. Zur Durchführung dieser Forderungen nehmen wir einstweilen die Waffe der Organisation in die Hand, die Sperre über die Leverkusener Farbenfabriken zu verhängen. Der Zugang von Schloffern, Drehern, Klempnern muß strengstens ferngehalten werden. Doch bieten die Organisationen jederzeit die Hand, auf der Basis vorliegender Forderungen eine Verständigung anzunehmen, um die Differenzen aus der Welt zu schaffen.

Eine Kommission, die mit der Direktion unterhandeln wollte, wurde von dieser scharf zurückgewiesen.

Die freien Gewerkschaften Duisburgs werden mit dem 3. August dieses Jahres ein Arbeitersekretariat errichten. Die Leitung desselben wurde dem Genossen Fielhorn aus Langelsheim übertragen.

Die Zimmerer in Wülheim a. d. Ruhr beschloßen am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung, in einen partiellen Streik einzutreten, weil die Forderung eines Stundenlohnes von 50 Pf. bei 10stündiger Arbeit und die Abschließung eines korporativen Arbeitsvertrages vom Arbeitgeber-Vorband abgelehnt wurden. Lehreter machte ein Angebot von 48 Pf. Höchstlohn für einen tüchtigen Zimmerer und für mindertätige Leute je nach Vereinbarung. Die Arbeit wurde bei 8 Unternehmern eingestellt, welche mit Vorkieren insgesamt 40 Mann beschäftigten, wovon 33 die Arbeit einstellten. Zugang von Zimmerern nach Wülheim a. d. Ruhr ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Der Streik in Vorkslaw. Zwei Delegierte der Erdwachsarbeiter der Gesellschaft „Vorkslaw“ sind in Wien angekommen und haben unter Intervention des Sekretärs der Gewerkschaftskommission Genossen Hueber mit dem Präsidenten der Gesellschaft und Direktor der Länderebank Herrn Lohnstein verhandelt. Es kam nach mehrstündiger Verhandlung ein Vorschlag zu Stande, den die beiden Delegierten den Streikenden vorlegen werden; diese werden darüber zu entscheiden haben, ob sie die

gemachten Zugeständnisse für genügend erachten, um zur Arbeit zurückzukehren.

Eine neue Arbeiteraussperrung in Budapest. Die die „Budapester Arbeiter-Korrespondenz“ meldet, haben die Groß-Tischler, Möbel- und Klavierfabrikanten beschloßen, sämtliche Arbeiter, über 6000, am 3. August auszusperrern. Das Motiv sei, die den Arbeitern im Vorjahre gemachten Zugeständnisse zu entziehen.

Lohnbewegung der dänischen Apothekergehilfen. Die Apothekergehilfen Dänemarks hatten im Jahre 1897 einen Tarifvertrag mit ihren Arbeitgebern geschlossen, der am 1. Januar 1903 sein Ende erreichte. Seitdem, also während eines Zeitraumes von 1 1/2 Jahren, wurde wiederholt über einen neuen Tarif verhandelt. Die Gehilfen haben ihre Forderungen mehrmals herabgesetzt, die Apothekenbesitzer aber zeigten keinerlei Entgegenkommen. Die Gehilfen reichten ihren letzten Vorschlag am 18. Mai d. J. ein, aber auch dieser wurde von der Apothekervereinigung ignoriert. Seit Ablauf des alten Vertrages bestand ein Uebererlöbkommen, daß, so lange die Verhandlungen nicht beendet wären, die alten Arbeitsbedingungen weiter gelten sollten. Dennoch stellten die Apotheker Gehilfen zu geringeren Bedingungen ein, was dazu führte, daß der Streiknachweis der Gehilfen über mehrere Apotheken einen sehr wirkungsvollen Boykott verhängte.

Am letzten Sonntag hat nun die Generalversammlung der Apothekergehilfen-Organisation einstimmig beschloßen, daß sämtliche Mitglieder dem Boykott ihre auf den 1. Februar 1905 lautende Kündigung deponieren sollen, damit der Vorstand sie nach Bedarf denjenigen Arbeitgebern überreichen kann, die die Forderungen nicht anerkennen.

Da die Apothekenbesitzer größtenteils sehr kapitalstättige Leute sind und die Gehilfen über eine gutgeleitete starke Organisation verfügen, wird es vermutlich zu einem harten Kampf kommen.

Die Aussperrung im Bergwerke Stockholms. Der Vorschlag des Zentralen Arbeitgeber-Verbandes und des Landessekretariats der schwedischen Gewerkschaften, ein Unterhandlungskomitee zur Beilegung des Konflikts einzusetzen, ist sowohl von den in Betracht kommenden Gewerkschaften als auch von der Baumeister-Vereinigung angenommen worden. Das Komitee besteht aus je einem Vertreter der fünf Gruppen der bergwerblichen Arbeiter, ebenso vielen Vertretern der Baumeister-Vereinigung, je einem Vertreter des Landessekretariats und des Zentralen Arbeitgeber-Verbandes und einem unparteiischen Vorsitzenden, der eventuell vom Ober-Statthalteramt ernannt wird. Die Beratungen sollen sofort beginnen.

Die Verteidiger der Würder von Cluses.

In der Beurteilung der verbrecherischen Schieberei der Söhne Cretiez sind sich alle Parteien und so ziemlich alle anständigen Menschen einig. Das aber, was die größten Schamacher selbst im Geheimen kaum zu denken wagen, kommt zum Ausdruck in dem Briefe eines nationalistischen Abgeordneten, des Deputierten Lepelletien an den Ministerpräsidenten Combes. Der Abgeordnete teilt mit, daß er bei Wiedereröffnung der Kammer die Regierung über folgenden Punkt interpelliere: „Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um bei einem Streik diejenigen Bürger, die in ihrer Person oder in ihrem Vermögen bedroht sind, zu schützen, damit diese nicht gezwungen sind, sich selbst zu verteidigen?“ — Der in einem Pariser Arbeiterviertel gewählte „Patriot“ erlärnt sich also, die sonnenklare Thatsache, daß die Söhne Cretiez ohne jede Veranlassung auf die friedlich demonstrierenden Arbeiter geschossen haben, zu verbunkeln und sie als die Angegriffenen hinzustellen; ferner will er zweifellos die Regierung dahin drängen, bei Streiks noch mehr Militär wie üblich in die Streikgebiete zu werfen, wodurch die Gefahr der Tumulte und Unruhen natürlich noch erhöht würde.

Der Streik der Schlachthausarbeiter in Chicago wird gemeldet, daß dort die farbigen Streikbrecherdienste übernommen haben. Die in den Kantinen der Schlachthäuser angestellten Arbeiterinnen weigern sich jedoch, die farbigen zu bedienen, welche die Plätze der Ausständigen eingenommen haben und sind ebenfalls in den Ausstand getreten. In den Kantinen werden jetzt Arbeiterinnen zur Bedienung der farbigen angestellt. Die Ausständigen hoffen, daß die zu ihrem Erlas herangezogenen weißen Arbeiter es ablehnen werden, mit farbigen zusammen thätig zu sein, und dem Beispiel der Arbeiterinnen folgen werden. Als eine Anzahl Regier heute morgen auf einem Straßenbahnwagen zu den Schlachthäusern fuhr, wurden sie von einer dort verammelten Anzahl Streikender mit höhnischen Rufsen und Geschrei empfangen. Die Regier zogen darauf ihre Revolver und schossen auf die Weissen. Diese erwiderten das Feuer, es wurde jedoch, so weit bis jetzt festgestellt werden konnte, niemand verletzt. Am Nachmittag zertrümmerten die Ausständigen mehrere Wägen, die Brot für die Arbeitwilligen nach den Schlachthäusern brachten. Die begleitende Polizei-Abteilung war außer Stande, die Wägen zu schützen. Die Eisenbahnarbeiter beschäftigten sich jetzt mit der Frage, ob sie die Beförderung von Transporten des Schlachthausstrafs, so lange der Ausstand dauert, verweigern sollen. Die von den unabhängigen Fleischhauerfirmen beschäftigten Schlächter weigern sich, Vieh zu schlachten, das aus den Viehhöfen des Trufs kommt.

Aus der Frauenbewegung.

Ferien für Fabrikarbeiterinnen. Das Londoner Fabrikarbeiterinnen-Ferienkomitee erläßt einen Aufruf, um einen Fonds von 40 000 M. zu erhalten, für welche Summe Fabrikarbeiterinnen während ihrer Ferien auf das Land geschickt werden sollen. In diesem Jahre konnte das Komitee bis jetzt 1500 Mädchen entsprechende Unterstützungen für diesen Zweck überweisen.

Marktpreise von Berlin am 28. Juli. Nach Ermittlungen des Hl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,50—17,48 M., mittel 17,46—17,44 M., geringe 17,42—17,40 M. Roggen**, gute Sorte 13,75—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Futtergerste**, gute Sorte 14,00—13,70 M., mittel 13,60 bis 12,70 M., geringe 12,60—11,70 M. Hafer**, gute Sorte 16,00—15,30 M., mittel 15,20—14,50 M., geringe 14,40—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—25,00 M. Spelzbohnen, weiße 50,00—26,00 M. Linen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 M. Roggstroh 0,00—0,00 M. Sen 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,60 M. Eier per Schock 4,00—2,40 M. *) Drei Wägen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 28. Juli. Elbe bei Kuffa — 0,75 Meter, bei Dresden — 2,18 Meter, bei Magdeburg + 0,06 Meter. — Oder bei Rathor — 0,58 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 4,16 Meter, bei Breslau Unter-Pegel + 1,84 Meter, bei Frankfurt + 0,16 Meter. — Saale bei Wolfen — 0,18 Meter.

Witterungsübersicht vom 29. Juli 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Witterung. Rows include Swinemünde, Danzberg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Opatowitz, Petersburg, Cort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 30. Juli 1904. Wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 30. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues König. Opern-Theater.
Der Riquarbaron.
Der Riquarbaron.
Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter-Tymians 15 Humoristen und Sängern. (Letzte Woche!) Vollständig neues Programm. Zum Schluss: Ein Volterabend-Feiertag bei Neutants.

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Fra Diavolo. (Bübel)
Weihen. Liebeshandel.
Central. Die Kamellen. Püschchen und Kimmels. Hanne Rüttes Abschied. Jochen Bübel. Ein kleiner Beamter.

Carl Weiß. Der Weg zum Herzen. Metrop. Ein tolles Jahr.
Holla. Venus auf Erden. Spezialitäten.
Stadt-Theater Noabitz. Großstadt-gaude.

Reichshallen. Gastspiel von Oskar Junghähnel humoristisch. Herren-gesellschaft.
Passage-Theater. Tera Semmeloff. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Tausendstrake 49/49. Die Weltausstellung in St. Louis. — Der Gardasee.

Invalidentheater 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Morwiz-Oper.
Sonnabendabend 8 Uhr
Gastspiel Heinrich Bübel.
Fra Diavolo.
Komische Oper in 3 Akten von Küster.
Sonnabendm. 11 Uhr 30 Uhr:
Der Freischütz.

Sonnabend 8 Uhr:
Der polnische Jude.
Montagabend 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bübel.
Der Postillon von Lonjumeau.
Der Sommergarten ist eröffnet.
Im Garten des Schiller-Theaters N täglich großes Militär-Konzert.

Central-Theater
8 Uhr: Einakterabend aus Fritz Reuters Werken: 1. Die Kamellen. 2. Püschchen und Kimmels. 3. Hanne Rüttes Abschied. 4. Jochen Bübel. 5. Dräpfs letztes Ständlein. 6. Ein kleiner Beamter.
Emil Richard, 1st. Hofkapellmeister, a. G. Orgeln und folgende Lage: Dieselbe Vorstellung.

Carl Weiß-Theater.
Große Franzfurterstr. 132.
Am Sonntag, 31. Juli, letzte Aufführung Anfang 8 Uhr.
Der Weg zum Herzen.
Sonnabendm. 11 Uhr halbe Preise:
Der Weg zum Herzen.
Im Garten: Vorstellung und Sommerachtsfest. 5 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
7 1/2 Uhr: Gr. Gartenkonzert.
8-9 1/2 Uhr:
Letzte Woche der Attraktionen des gr. Juli-Spezialitäten-Programms.
9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von
Paul Lincke.
Fritz Leichtfuß. — Robert Steidl.
Belle-Alliance-Theater.
Im Theater abends 7 1/2 Uhr:
Winter-Tymians
Humoristen und Sänger.
Urkomische Szenen und Vollen! Zum Schluss: Ein Volterabend-Feiertag bei Neutants.
Im Sommer-Garten:
Gr. Sommernachtsfest.
Mittwoch-Konzert, Tera hierzu werden verteilt. „Oreoro-Polonaise“, Nebenbesetzungen und Tanz.
Besonder: Erstklassige Spezialitäten-Vorstellung. — Zum Schluss: Der brillante Damendartspieler Herr Thurm Sylvard und Herrn Froyers Soloscene (Meine Baberise) vom Winter-Tymian-Ensemble.
Morgen: Winter-Tymian und Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater
Gefundbrunnen, Bahndr. 58.
Geste: Grosses Sommerfest verbunden mit Garten-Konzert und Theater-Vorstellung.
Aufzutreten sämtlicher Spezialitäten, u. a.: Paul Coradini. Clown Lohset. Weiterdem:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Im Saale: Gr. Sommernachtsball. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: Der Gardasee.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Der unverwundbare Fakir!!
Die zusammengewachsenen Schwestern Rosa u. Josefa.

Passage-Panopticum.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16-jährige Riesenknabe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Mnemos, Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Etablissement Duggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Biergarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonnabend im Kaiserhof:
Tanz.

Reichshallen-Theater.
Vorletztes Gastspiel von Oskar Junghähnel mit seiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Montag, 1. August, Wiederbeginn der Sotren der Stollner Sänger.

Sanssouci.
Stollner Thor — Stat. der Hofbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Solree: Tanz.
Wochentags haben Vorkaufstaxen, auch die zu den Theaterabenden ausgebenen, Gültigkeit.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Montag, den 1. August d. J.:
Wieder-Eröffnung.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Die bedeutendsten Schlager aller Herrfeldtadien, mit denen das Herrfeldt-Theater bei seinen Gastspielen in Köln und Frankfurt a. M. sensationelle Erfolge erzielte:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ue.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit Anton und Donat Herrfeldt in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Rahngarten ist geöffnet.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 159/156. Strassenbahn-Verbindung mit Linien A, T, V, A/E, 91.
Grösste Wasserschauspiele der Welt
auf 6000 qm grossen See.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr, Sonntags 3, 5 1/2, und 8 Uhr. 18/7
♦ Vollständig gedeckte Tribüne. ♦ Konzertmusik. ♦

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeefische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelpöhlen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Rahnsdorfer Mühle Paradiesgarten
Bahnhofstation Rahnsdorf 10 Min. v. Bahnhof herrlich am Walde u. Müggelsee geleg. Gr. schattig. Garten.
Jeden Sonntag: **Grosser Elite-Ball.**
Kaffeefische ♦ Ausspannung ♦ Volksbelustigungen ♦ Bade-Anstalt. Baden frei. Angeln frei.
Bereinen, Gesellschaften usw. bestens empfohlen. — Fernsprecher Amt Friedrichshagen Nr. 73. [55732*]

Wo? ist der schönste Ort für Sandpartien und Ausflüge per Dampfer, Kreuzer und zu Fuß durch den Grünwald zu erreichen? Auf der Insel Fischelwerder, Wirtschaft zum Freund. Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.
Fritz Wilkes Festsäle, Brunnenstr. 188, dicht a. Rosenthal Thor. Amt III 6325.
Säle, Vereinszimmer u. Garten, 40-500 Pers. Fass. Bühne m. 28 Verwandl., noch an Wochentagen, Sonnabenden u. Sonntagen zu vergeben. [58592*]
Prima Weissbier. ♦ Vorzügliche Küche. ♦ Kulanteste Bedingungen.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges
Gebrüder Rauh & GRAEFRATH bei Solingen
Nachstehende Gegenstände versenden wir
30 Tage zur Probe Jedes Stück wird einzeln abgegeben und franko versandt.

Nr. 1600. Hochfeine, kräftige Herren-Nickel-Uhrkette ganze Länge 27 cm, unter Garantie stets weissbleibend mit Glücksanhänger (Perlmutter mit Emaille-Kleeblatt), modernes Façon, zum Preise von nur **1.40 per Stück franko.**
Vixier-Börse
Neuheit! „Fortuna“
Abbild. ca. 1/2 natürl. Grösse.

Abbild. ca. 1/2 natürl. Grösse.
2 Buchstaben in das Perlmutter des Anhängers eingelassen kosten 10 Pfennig.
No. 2750. Vexier-Portemonnaie „Fortuna“ (genau wie Abbildung), prima braunes Saffianleder, drei Lederfutter, 3 Fächer, Innen- und Aussen-Mk. 1,30 franko. Genau Gebrauchs-Anweisung wird jedem Portemonnaie beigelegt; ohne dieselbe ist keiner im stande, dasselbe zu öffnen. Zwei Buchstaben in Golddruck in das Leder eingepresst kosten 10 Pfennig, der ganze Name 25 Pfennig.

Vollständige Rasier-Einrichtung
in feinem Etui praktisch zusammengestellt.
Rasier-Garnitur No. 1500, bestehend aus einem hochfeinen Rasiermesser No. 200, 5 Jahre Garantie, für jeden Bart passend, aus prima englischem Silberstahl geschmiedet, fein hohl geschliffen u. gebrauchsfertig abgezogen, Strahlriemen mit Pasta, Rasierpinsel, Rasiernapf u. Rasierschale, alles kompl. in hübschem Etui mit Klappdeckel, Gr. 16x18 cm 3 franko zum Preise von nur 3 franko No. 1501. Dasselbe Garnitur, aber Rasiermesser mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Ver-375 Mk. letzung unmögl.) nur 3 franko

VERSAND unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.
Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.
ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten **Pracht-Katalog** über 400 Gegenstände enthaltend und zwar: alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Cigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren u. viele andre Artikel in grösster Auswahl.
Ueber 5000 lobende Anerkennungsschreiben bestätigen Güte und Qualität unsrer Waren.
Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.
Wir bemerken noch, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

BRILLANT FABRIK-MARKE
Ueber 5000 lobende Anerkennungsschreiben bestätigen Güte und Qualität unsrer Waren.
Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.
Wir bemerken noch, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarrafani.
Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
Der Mensch mit dem **Löwen-Rachen.**

Passage-Theater.
Terka Semmeloff russische Tänzerin.
Nantva, japanische Truppe.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Geste: **Sommerfest.**
Konzert — Theater — Spezialitäten.
Sommerachtsfest.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Avis! Sonnabend, 27. August, für Vereine frei.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose **Herkules** tragen. Klein-Verlauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbarste Arbeit. Tadellos. Große Hüden umschl. Die Hufe

bei Entnahme von 4 Mk. 50
Schlaueres Monteur-Jackett 1 R. 90
Schlaueres Monteur-Jackett 1 R. 50
Schlaueres Monteur-Jackett
Prima Ripper-Gewebe . . . 2 R. 50
Schlaueres Monteur-Jackett
Prima Ripper-Gewebe . . . 2 R. 10
Rancher-Jackett 8,75, 5,50, 4,50, 3 R. 50
Gehütet. Rancher-Jackett 14,50 8,75
Reihe Ripper-Jackett 3,50, 2 R. 75
Rancher-Jackett, Dreifach . . . 4 R. 50
Recher-Kittel . . . 3,—, 2,50, 2 R.—
Recher-Kittel (braun) 3,—, 2 R. 40
Reihe Leder-Jackett, Dreifach . . . 7,50, 3 R. 75
Reihe Lederhosen . . . 4,50, 2 R. 90
Reifeleimiger-Anzüge, blau, nach Vorchrift 5 R. 50
Die Preise gelten für normale Größen.
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24 u. 25. Brückenstr. 11.
Gr. Franzfurterstr. 20.
Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jackett und Kitteln die Brustweite anzugeben. 56402*
— Versand von 30 R. an franco. —

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Geste: Gr. Elite-Vorstellung!
Nur einmalige Ausführung:
Der Störenfried.
Schwank in 5 Akten v. Rob. Benedix.
Anf. 6 Uhr. Kaffeefische: 3 Uhr. Ball.

Schweizer-Garten
am Königspl., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen und Ball.
Neben Abend: **Liesecke in Italien.**
10 U.: Gefangenen-Tanz v. L. Ull.
Jeden Mittwoch: **Kinderspieltheater.**
Entree 30 Pf.
Sonnab., 13. Aug., ist für Vereine frei.

Berliner Prater Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Vineta.**
Partoutime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanello-Trio. Wardinis.
Clown Stoffl. Ball, Konzert, Spezialitäten. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. 41. 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 70/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten ob. gr. Saal: Das neue u. beste Programm Berlin, u. a. mit stürmischem Beifall: die besten Akrobaten
5 Wolsous, der Welt, prolongiert.
Der Welttrieb, Dressur und Vereinigung von Lothelinden zu einem Tableau. Tho 2 Bonares, (senf. Luft-langred. v. F. Brand, Renneri-Stage, Senor & Berard! Die feine Rannon.
Der Bäckerstreif.
Große aktuelle Partoutime. u. c. Kaffeefische. Volksbelustigungen. Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Club-Haus
72. Kommandanten-Strasse No. 72.
Jeden Sonntag: 54332*
Grosser Ball.
Empfehle meine drei Feiertage zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Habe noch Sonnabend und Sonntage frei. H. Ebert.

Brods Gesellschaftshaus
am Amerikaner.
Inhaber: H. Degebrodt.
vom Zrandtschloß am Müggelsee. Empfehle Fabrike, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Zwei große Säle, Hallen, genügende Nebenräume, Belustigungen aller Art. Soulaute Preise.
H. Degebrodt.

Vereine! Klubs! Fabriken!
(50 bis 175 Pers.) **Dampfer 1.40 Mk.** (Hin- und Rückfahrt) nach „Schiller's Dreieckshof“ Friedrichshagen a. Müggelsee. Abhällige Lage. Herrliche Spielplätze. Saal, Regelpöhlen. Boote. Kaffeefische. 1/2 Tempelhof. Bod-Dier 15 Pf.